

Stichwort: BAYER

Informationen der BAYER-Coordination zum multinationalen BAYER-Konzern



In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1984 breitete sich über Bhopal in Indien eine tödliche Wolke aus. Ihr Ursprung war das dortige Pestizid-Werk des multinationalen Chemie-Konzerns UNION CARBIDE. Aufgrund eines Lecks trat aus einem Tank das Gift

dukte und Produktionsverfahren umstellt, sind Katastrophen jederzeit möglich.

Im Dezember 1984 verkündete der BAYER-Konzern: „Bhopal ist bei BAYER nicht möglich!“ – Der Konzern tat dies wider besseres Wissen. Es mag

Prozeß

Bhopal mahnt

PHOSGEN aus. Die Folgen waren schrecklich. Das Gas drang in die Lungen von Mensch und Tier ein und forderte qualvoll Hunderttausende von Opfern. Nachdem in den Tagen unmittelbar nach der Katastrophe bereits mehr als 2.500 Leichen gezählt waren, untersagte die indische Regierung die weitere Registrierung der Toten und Vergifteten. Schätzungen internationaler Experten gehen von mind. 5.000 Toten und ca. 250.000 Vergifteten unmittelbar nach dem Unglück aus. Noch heute fordert die Katastrophe Opfer. Hunderttausende leiden an den Spätfolgen: Lungenkrankheiten, Erblindungen, Lähmungen, Gehirnschäden etc.; die Entbindungsstationen melden Tot- und Mißgeburten bis zur Höhe von zwei Dritteln aller Neugeborenen.

Heute, nach drei Jahren, ist die PHOSGEN-Katastrophe in Indien weitgehend vergessen. Von dem Leiden und Sterben der Opfer nimmt die Weltöffentlichkeit keine Notiz mehr. Bestenfalls die anhaltenden Auseinandersetzungen um die Entschädigung durch den US-amerikanischen Chemie-Multi UNION CARBIDE sind ab und zu eine Meldung wert.

Und doch darf Bhopal nicht in Vergessenheit geraten. Bhopal kann sich täglich wiederholen. Nicht nur mit PHOSGEN, sondern auch mit irgendeinem der vielen tausend anderen tödlichen Gifte. Solange die chemische Großproduktion mit ihren vielen hundert Werken in aller Welt nicht auf umwelt- und menschenverträgliche Pro-

dukte und Produktionsverfahren umstellt, sind Katastrophen jederzeit möglich. Doch ist dies keine Garantie dafür, daß Katastrophen mit verheerenden Folgen in den Werken des BAYER-Konzerns nicht möglich sind. Im Gegenteil. Würde in einem BAYER-Werk in der Bundesrepublik aufgrund unglücklicher Zufälle ein ähnlich giftiger Stoff in ähnlichem Umfang wie in Bhopal austreten, ist anzunehmen, daß die Zahl der Opfer um ein Vielfaches größer ist. War Bhopal nämlich eine weiträumig besiedelte und in großer Entfernung von anderen Siedlungen liegende Stadt, befinden sich die BAYER-Werke in der Bundesrepublik mit Ausnahme des Brunsbütteler Werkes inmitten dichtbesiedelter Ballungsgebiete mit Millionen von Einwohnern.

Gerade deshalb ist es notwendig, am Jahrestag der Bhopal-Katastrophe auf die Situation bei BAYER aufmerksam zu machen. Es geht darum, die Mahnung von Bhopal ernstzunehmen und bei BAYER und anderen Chemie-Werken endlich eine umwelt- und menschenverträgliche Produktion durchzusetzen. Für diese Forderung wird die BAYER-Coordination vor allen Werken des BAYER-Konzerns in der Bundesrepublik am Morgen des 3. Dezember Mahnwachen durchführen.

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Ihr
Axel Köhler-Schnura

Geld wird dringend benötigt

Juristische Auseinandersetzungen kosten Geld. Nicht nur Anwalts- und Gerichtskosten fallen an, sondern auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit verursacht Kosten.

Der Prozeß des BAYER-Konzerns gegen die BAYER-Coordination und Axel Köhler-Schnura wird allein in der ersten Instanz ca. 7.000 DM an juristischen Kosten und rd. 15.000 DM an Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit verursachen. Für BAYER kein Risiko. Für ein Selbsthilfe-Netzwerk wie die BAYER-Coordination eine hohe Belastung.

Unmittelbar nach Eintreffen der Klageschrift richtete die BAYER-Coordination ein Prozeß-Sonderkonto ein. Auf ihm sind bereits zahlreiche Spenden eingegangen. Doch längst nicht genug, um die finanziellen Risiken dieses Prozesses, der durch alle drei möglichen Instanzen etwa 100.000 DM an Kosten verursachen wird, abzudecken.

Wir bitten alle Freunde und Förderer auch weiterhin auf unser Sonderkonto zu spenden:

Postgiroamt Essen
Sonderkonto
45 36 85 – 431



Großes öffentliches Interesse

Als BAYER im Mai 1987 die Klage gegen die BAYER-Coordination und deren Sprecher Axel Köhler-Schnura einreichte, ging man im Konzern sicher davon aus, daß man „kurzen Prozeß“ machen könne. Auf jeden Fall rechnete

Inhaltsverzeichnis

Aktiv	5	Die Aktionärs-	9	Pharma	18
BAYER 2000	12	hauptversammlung	9	Politik	25
Belegschaft/Arbeitsplätze	13	Gesellschaft	26	Propaganda	23
Buchbesprechungen	28	Giftmüll	16	Prozeß	2
Das Imperium	21	Impressum	28	Standorte	21
		In eigener Sache	3	Tierversuche	21
		Kirche	27	Unfälle	15
		Ökonomie	23	Wissenschaft/Forschung	28
		Pestizide	17		

man auf das gewöhnliche Desinteresse der Medien an juristischen Auseinandersetzungen.

Um so überraschender muß es für BAYER gewesen sein, daß bereits im Vorfeld der ersten Gerichtsverhandlung in Köln zahlreiche Anfragen von Journalisten bei BAYER eintrafen. Diese häuften sich dann noch weiter nach dem ersten Verhandlungstermin. Presse, Funk und Fernsehen zeigten großes Interesse an der juristischen Auseinandersetzung um BAYER-Profite, Menschenrechtsverletzungen, Bespitzelung, Finanzierung von Politikern durch BAYER etc..

bige Kritiker werden unter Druck gesetzt und bespitzelt, willfährige Politiker unterstützt und finanziert."

Das Gericht zeigte sich von der Fülle des vorgelegten Materials beeindruckt. Der vorsitzende Richter kündigte den eventuellen Eintritt in eine Beweisaufnahme an. Auf der BAYER-Bank zückte der anwesende Leiter der BAYER-Rechtsabteilung, Dr. Strucksberg, seinen goldenen Kugelschreiber und machte sich Notizen. Eine Beweisaufnahme käme dem Konzern sehr ungelegen, da hier noch vieles zutage gefördert würde, was bisher im Verborgenen liegt.

diesem Prozeß abgegeben wurden. In der Regel handelt es sich um Fotokopien von Protestschreiben an den Vorstand/Aufsichtsrat des BAYER-Konzerns. Zusammen ca. 50 Seiten DM 5.--.

– Pressespiegel

Der umfangreiche Pressespiegel dokumentiert auszugsweise Pressestimmen zum Prozeß. Ca. 50 Seiten DM 5.--.

Alle Dokumentationen sind gegen Scheck zzgl. DM 5.-- für Porto/Verpackung erhältlich bei:

BAYER-Coordination
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11



Zahlreiche Beweisanträge gestellt

In der ersten Verhandlung vor dem Kölner Landgericht am 30. September 1987 stellte die BAYER-Coordination zahlreiche Beweisanträge. Die Fakten und Fallbeispiele sollten den Hintergrund der umstrittenen Sätze erhellen. Es wurde dargelegt, wieso die BAYER-Coordination zu der Meinung kommt: „In seiner grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten verletzt BAYER demokratische Prinzipien, Menschenrechte und politische Fairneß. Mißlie-

Dokumentationen erhältlich

Bei der BAYER-Coordination können drei Dokumentationen zum Prozeß abgefordert werden:

– Die Schriftsätze

Diese Dokumentation enthält die Klageschrift sowie alle Schriftsätze des BAYER-Konzerns und der BAYER-Coordination. Zusammen mehr als 150 Seiten DM 10.--.

– Die Stellungnahmen

Diese Dokumentation enthält alle Stellungnahmen, die von Dritten zu

In eigener Sache

Veranstaltungsangebot der BAYER-Coordination

Die BAYER-Coordination wird immer häufiger zu Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Stellungnahmen eingeladen. Wir betrachten dieses

KONSEQUENT

Als „Kritische BAYER-Aktionäre“ und mit vielen anderen Aktionen versuchen wir mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit durchzusetzen. Angesichts der Macht und dem Auftreten des Konzerns kein leichtes Unterfangen. Zumal uns – entsprechend der Effizienz unserer Arbeit – der Zorn und die Reaktion des Konzerns besonders hart trifft. Deshalb benötigen wird dringend die Unterstützung und Solidarität allerer, die unsere Arbeit befürworten und richtig finden. Wir brauchen Sie als Förderer und Mitglieder. Bitte entscheiden Sie, ob auch Sie uns unterstützen können.

- Normale Mitgliedschaft für DM 7,50/Monat
- Gruppenmitgliedschaft
 - bis 100 Mitglieder für DM 10,-/Monat
 - über 100 Mitglieder für DM 20,-/Monat
- Ermäßigte Mitgliedschaft (Antrag bitte beifügen) für DM 5,-/Monat
- Fördermitgliedschaft für DM (Mind. DM 10,-/Monat)
- Ja, ich/wir will/wollen spenden. Diesmal DM (bitte Scheck beifügen)
- Ja, ich/wir bestelle/n zur weiteren Information den „Alternativen Geschäftsbericht zum BAYER-Konzern“ für DM 10,- (incl. Porto/Verpackung)

Datum Unterschrift

Achtung: Mitglieder und Förderer erhalten „Stichwort: BAYER“ im Rahmen ihrer Mitgliedschaft automatisch. Um künftig effektiver zusammenarbeiten zu können, bitten wir um folgende zusätzliche Informationen:

Zusammenarbeit möglich/gewünscht auf dem Gebiet -

Beruf -

Besitz von BAYER-Aktien (Stückzahl) -

- Ja, ich/wir will/wollen helfen und erhöhe/n hiermit unseren Beitrag auf DM pro Jahr (bisher DM pro Jahr)

steigende Informationsbedürfnis auch als Erfolg unseres Wirkens und freuen uns darüber.

Grundsätzlich sind wir in der Lage, zu jedem der vielen den BAYER-Konzern betreffenden Themen mehr oder weniger umfangreiche Stellung zu nehmen. Insbesondere bieten wir Referenzen für folgende Themen an:

- BAYER und die Umweltkrise
- Kritische BAYER-Aktionäre
- Kampfstoffproduktion und BAYER
- Umweltprobleme durch BAYER-Pestizide
- BAYER-Pestizide in der Dritten Welt
- Geschichte des BAYER-Konzerns
- Pharma-Probleme mit dem BAYER-Konzern
- Pharma-Probleme in der Dritten Welt
- BAYER und die Gen-Technologie
- Produktionssicherheit bei BAYER
- Wasserverseuchung durch den BAYER-Konzern
- Tierversuche bei BAYER

Für unsere Leistungen entstehen Fahrtkosten (Bahnfahrt 2. Klasse) sowie Kosten für ein Honorar und für eine evtl. anfallende Video-Lieth. Alle Gelder dienen ausschließlich dazu, die Arbeit der BAYER-Coordination zu finanzieren.

Termine und weitere Absprachen werden am besten mit unserer Geschäftsstelle vereinbart:

BAYER-Coordination
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11
0212 - 33 49 54



Mit unseren Aktien werden keine Geschäfte gemacht

Die „Kritischen BAYER-Aktionäre“, eine Projektgruppe der BAYER-Coordination, benutzen seit Jahren ihre Aktien, um Probleme des Umwelt- und Arbeitsschutzes, der Arbeitsplatzsicherung und der Ausbeutung der Dritten Welt bei diesen Firmengeschäften öffentlich zu machen. Jetzt hat die BAYER-Coordination eine „Alternative BAYER-Aktie“ herausgegeben. Über Sinn und Zweck sprach 'Stichwort: BAYER' (SWB) mit Axel Köhler-Schnura (AKS), Sprecher der BAYER-Coordination.

SWB: Seit einiger Zeit werden „Alternative BAYER-Aktien“ angeboten. Welches Ziel verfolgt Ihr damit?

AKS: Ich denke, wir haben seit 1983 mit unserer Arbeit bei BAYER einiges erreicht. Es bleibt aber noch mehr als genug zu tun, und daher brauchen wir die breite Unterstützung für unsere weltweite Tätigkeit.

SWB: Aktien werden ja ausgegeben, um Geld in die Kasse zu bekommen. Habt Ihr das nötig?

AKS: Natürlich kostet unsere Arbeit Geld. Und die offiziellen Stellen unterstützen konsequenten Einsatz für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER leider nicht. Die Käufer dieser Aktien können die Gewißheit haben, daß ihr Geld in sinnvoller Weise angelegt ist.

SWB: Gibt es auch Aktionärs-Versammlungen für die Käufer der „Alternativen BAYER-Aktien“?

AKS: Wir laden die Käufer unserer Aktien zu den Hauptversammlungen des BAYER-Konzerns ein. Sie können dort sehen, wie solch ein Konzern gelenkt wird und mit Kritik von uns umgeht. Von Mitbestimmung und Aktionärs-Demokratie bleibt auf solch einer Hauptversammlung nichts übrig. Die Großbanken nutzen das Depot-Stimmrecht und sichern zusammen mit den Großaktionären die Beschlüsse und Entscheidungen des Vorstands.

SWB: Man kann demnach der neuen Aktie nur eine recht weite Verbreitung wünschen?

AKS: Es gibt dieses „Wertpapier“ im Nennwert von DM 5,--, DM 10,--, DM 25,-- und DM 100,--. Unsere „Alternative BAYER-Aktie“ macht sich nicht nur gut in Glas gerahmt an der Wand, sondern ist auch ein tolles Geschenk. Für ein Bank-Depot viel zu schade. Die Aktien zum Kauf und auch zum Wiederverkauf (30 % der Erlöse können die Gruppen für ihre eigene Arbeit verwenden) können bestellt werden bei:

BAYER-Coordination
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11
0212 - 33 49 54



Mitgliederversammlung 1988

Die Zahl der Mitglieder hat sich im Jahr 1987 erfreulich erhöht. Wir haben uns fast verdoppelt.

Bereits heute wollen wir alle Mitglieder zu unserer Mitgliederversammlung 1988 einladen.

1988 ist das fünfte Jahr des Bestehens der BAYER-Coordination. Deshalb wird die Mitgliederversammlung bestimmt besondere Bedeutung erhalten. Zumal sie im Jahr des 125-jährigen Jubiläums des Konzerns liegt.

Die Mitgliederversammlung findet am 25. September 1988 statt. Sie wird im Anschluß an ein Seminar durchgeführt. Damit besteht die Möglichkeit, die Teilnahme an der Mitgliederversammlung mit der Teilnahme an dem Seminar „125 Jahre BAYER“ zu verbinden. Anmeldungen bei:

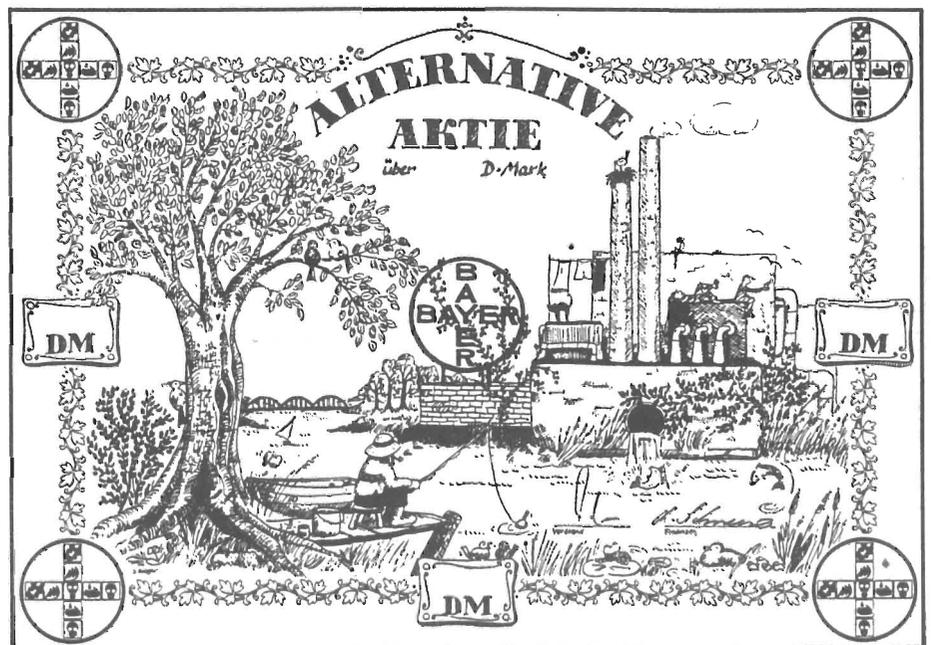
BAYER-Coordination
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11



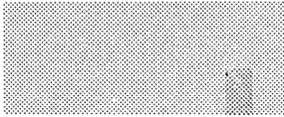
Netzwerk entwickelt sich erfolgreich

7 Umweltschützer aus Köln und aus Wuppertal haben im Jahr 1983 die BAYER-Coordination gegründet. Nicht als mitgliederstarke Massenorganisation, wie etwa BUND, sondern als Selbsthilfe-Netzwerk zur Vernetzung aktiver bzw. interessierter Gruppen/Personen im In- und Ausland.

Heute, 5 Jahre später, können wir auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. Ca. 2.000 Personen und Gruppen aus rund 40 Ländern stehen im Netzwerk der BAYER-Coordination miteinander im Kontakt. In der Bundes-



republik ist dieses Netzwerk am weitesten ausgebaut. Hier kooperieren etwa 800 Gruppen/Personen miteinander. △



Namensänderung

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung wurde per Satzungsänderung der Name unserer Organisation geändert. Der Bandwurm „Internationale Koordinationsstelle – Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung e.V.“ wurde ersetzt durch das im Sprachgebrauch längst eingebürgerte „BAYER-Koordinationsstelle e.V.“. Im Untertext wird geführt „Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER – weltweit!“.

Mit dieser Namensänderung ist keinerlei inhaltliche Umstellung unserer Arbeit verbunden. Es wurde ausschließlich dem Sprachgebrauch nachgegeben und die internationale Kommunikation erleichtert. △

Zusammensetzung des Vorstandes

Im Vorstand der BAYER-Koordinationsstelle hat sich auf der Mitgliederversammlung 1987 eine Veränderung ergeben: Beate Pohl/Studentin, Monheim, ist nachgerückt.

Der Vorstand besteht derzeit aus 7 Personen (alphabetisch):
 Friedel Geisler/Pastorin, Solingen
 Rüdiger Gotzes/Student, Köln
 Dieter Gremler/Chemiker, Dortmund
 Axel Köhler-Schnura/Dipl.Kfm., Düsseldorf
 Beate Pohl/Studentin, Monheim
 Christiane Schnura/Dipl.Soz.Päd., Düsseldorf
 Richard Starck/Dipl.Soz.Päd., Wuppertal △

Aktiv

Verbot der DEGESCH gefordert

Lange Jahre gehörte die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung/DEGESCH zum BAYER-Konzern. In der Zeit bis 1949. Besondere Profite brachte dieses Unternehmen mit dem Vertrieb des Produktes Zyklon

B an die SS. Mit diesem Gift wurden Millionen von Menschen in den faschistischen Konzentrationslagern bestialisch ermordet.

1949 wurde der Zusammenschluß von BAYER, HOECHST, BASF u.a. auf Beschluß der Alliierten „entflochten“. Die DEGESCH verschwand aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit. Jedoch nicht aus dem Blickfeld von BAYER: Bis 1986 hielt der Konzern einen Anteil von ca. 30 % an der DEGESCH.

Heute wird bekannt, daß dieses Unternehmen noch immer ZYKLON B produziert. Unter dem unverfänglichen Namen ZYANOSIL. Produktionsstätten unterhält DEGESCH in Frankfurt, Hamburg und Hanau, aber auch im Ausland, so z.B. in Südafrika.

In jüngster Zeit gibt es umfangreiche Proteste gegen DEGESCH wegen ihrer IG FARBEN-Vergangenheit und einer von ihr geplanten Produktionserweiterung in Frankfurt. Gefordert wird das Verbot und die Enteignung dieser ehemaligen IG-FARBEN-Firma, die Entschädigung der Opfer sowie die Aufklärung der Öffentlichkeit, wer die Aktien dieser Gesellschaft hält. △

GRÜNE gegen Chemieeinleitungen

Mit einer Informationsschrift „Der Rhein ist tot – es lebe die Chemie?“ wendet sich die Bundespartei der GRÜNEN gegen die fortwährende legale Verschmutzung der Umwelt durch die Chemische Industrie. Insbesondere die Rheineinleitungen und verantwortungsloser Umgang bei der Herstellung von Pestiziden werden dort angeprangert.

Als Hauptverursacher der Umweltschäden nennen die GRÜNEN in diesem Zusammenhang die IG Farben-Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF. Die GRÜNEN fordern eine Verringerung des Pestizid-Einsatzes, sowie den Stop der Einleitung in Oberflächengewässer. Der Einsatz von Pestiziden müsse in Privatgärten und öffentlichen Grünanlagen völlig untersagt werden.

Als Konsequenz der Katastrophe von Basel fördern die GRÜNEN eine Umstellung der chemischen Produktion auf umweltverträgliche Produkte und Produktionsweisen. △

Kinderladen fordert Schadenersatz

Wegen der permanenten Rhein- bzw. Trinkwasserverschmutzung durch BAYER fordert der Düsseldorfer „Kinderladen e.V.“ eine Kostenerstattung von DM 40,- monatlich für zusätzlich

zu erstehendes Mineralwasser. In der Begründung heißt es, daß das aus Rheinufer-Filtrat gewonnene Trinkwasser derart stark mit BAYER-Giften verunreinigt sei, daß es eine Gesundheitsgefährdung für die Kinder darstelle.

Der Kinderladen weist ausdrücklich darauf hin, daß bei einer Schadensregulierung die Grundforderung nach Einstellung der Trinkwasserverschmutzung nicht aufgegeben werde.

BAYER lehnt in seinem Antwortschreiben die gestellten Forderungen pauschal ab. Sie würden „jeglicher Grundlage“ entbehren. Die Einleitungen erfolgten „im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnisbescheide.“

In einem erneuten Schreiben an den BAYER-Konzern bekräftigt der Kinderladen seine Forderungen und weist darauf hin, daß das Unternehmen täglich 125.000 cbm Abwasser in den Rhein einleite. Daneben würde durch diverse Störfälle der Fluß z.T. ganz erheblich belastet. Der Kinderladen sähe deshalb nicht den geringsten Grund, auf seine Forderungen zu verzichten. △

Katastrophenschutz in geheimer Sitzung

Für Industrieanlagen, von denen lt. Einstufung des Regierungspräsidenten ein besonderes Gefährdungspotential ausgeht, müssen spezielle Katastrophenschutz-Pläne erarbeitet werden. Ein Sonderplan zum Katastrophenschutz, speziell für das Uerdinger BAYER-Werk, wurde von der Verwaltung der Stadt Krefeld aufgestellt. Dieser wurde zunächst im Ordnungs- und Verkehrsausschuß, in dem die GRÜNEN den Vorsitz haben, behandelt. Dieser Ausschuß tagt prinzipiell öffentlich, kann aber auf Antrag auch in geheimer Beratung zusammentreten. Der Oberstadtdirektor, der eine Geheimhaltung dieses brisanten Themas offenbar für notwendig erachtete, ordnete an, die Beratungen über den Katastrophenschutz-Plan dem Ausschuß für zivile Verteidigung zu übertragen. Dort sind die GRÜNEN nicht vertreten. So erfuhren sie erst im September 1987 rein zufällig von einer Sitzung dieses Ausschusses im Mai.

Die GRÜNEN fühlen sich übergangen und jeglicher Mitsprachemöglichkeit beraubt. Sie sehen sich in ihrer Einschätzung, daß es sich beim Katastrophenschutz-Plan für das Uerdinger BAYER-Werk um eine hochbrisante Angelegenheit handelt, bestätigt.

Gegen die Anordnung des Oberstadtdirektors legten sie Beschwerde beim Regierungspräsidenten/Düsseldorf ein.

Gerade angesichts der letzten Störfälle bei BAYER/Uerdingen (wir

berichteten mehrfach) halten die GRÜNEN das Vorgehen um den Katastrophenschutz-Sonderplan für nicht zu verantworten.

Die BAYER-Coordination fordert dessen Veröffentlichung, damit die Bevölkerung über das Gefahrenpotential, das vom Uerdinger Werk ausgeht, informiert wird. △

Gespräche zwischen BUND und VCI hinter verschlossenen Türen

Etwa 120 Abgesandte der Chemischen Industrie (BAYER, HOECHST, einige süddeutsche Firmen, Verband der Chemischen Industrie/VCI), von Umweltverbänden (Öko-Institut, BUND, Katalyse) sowie Behörden-, Parteien- und Gewerkschaftsvertreter trafen sich im Mai 1987 in der „Evangelischen Akademie Tutzing“ zu einer dreitägigen Tagung über Chemie-Politik. Das wesentliche Ergebnis vielfältiger Diskussionen besteht darin, daß Umweltschützer und Chemische Industrie sich auf eine dauerhafte Fortsetzung der Gespräche einigten, wobei der genaue Modus noch nicht festgelegt wurde. Favorisiert wurde dabei ein Modell, das eine zentrale Diskussionsrunde unter Beteiligung von Bundesdienststellen – evtl. unter Schirmherrschaft der NRW-Landesregierung – vorsieht.

Gegen diese Vereinbarung erheben Umweltschutz-Vertreter, darunter auch die BAYER-Coordination, starke Einwände. Gespräche, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, dienen nicht der öffentlichen Konsensbildung zu Fragen über die Verwendung problematischer Stoffgruppen und anderen heiklen Themen.

Industrievertreter, z.B. BAYER-Vorstandsmitglied Prof. Eberhard Weise ließen indes durchblicken, daß sie eine öffentliche Diskussion nicht akzeptieren würden.

Eine Vereinbarung zwischen dem Bund für Umwelt und Naturschutz/ Deutschland (BUND) einerseits und dem VCI andererseits – als Hauptvertreter beider Gruppen –, die eine Geheimhaltungspflicht beinhaltet, wird vom der BAYER-Coordination strikt abgelehnt. Sie nämlich entspräche lediglich dem Ansinnen der Chemischen Industrie, Umweltbewußtsein zu propagieren, während sie gleichzeitig verhindert, daß substantielle Fakten das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Darüber hinaus würde eine so gearbete Vereinbarung die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Umweltschutz-Gruppen erschweren. Gäbe es doch dann unter ihnen „gut unterrichtete Kreise“, die die Interessen der Chemischen Industrie zu wahren hätten. △

Eiberfelder Betriebsrat siegte vor Gericht

Versetzungen, Einstellungen, werksinterne Stellen-Ausschreibungen, Umgruppierungen, die Einstellung von Leiharbeitern usw. – all diese Einzelmaßnahmen unterliegen dem Mitbestimmungsrecht und müssen dem Betriebsrat mitgeteilt werden. Nicht so bei BAYER in Wuppertal. Dort hielt die Personal-Abteilung die rechtzeitige und umfassende Information des Betriebsrates nicht für notwendig.

Der Betriebsrat des BAYER-Werkes zog vor Gericht. Am 05. Februar 1987 bekam er recht. Das Arbeitsgericht Wuppertal kam zu der Auffassung, daß BAYER grob gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen hat. Es drohte für den Wiederholungsfall ein Ordnungsgeld an.

Der Konzern fügte sich jedoch nicht. In einer an die Belegschaft verteilten Sonderausgabe von „BAYER aktuell“ wurde das Gerichtsurteil heftig kritisiert. BAYER kündigte an, Rechts-

mittel einzulegen, denn: „Bei BAYER werden die gesetzlichen Rechte des Betriebsrates bei allen Entscheidungen eingehalten.“ Verantwortlich zeichnete die „Konzernverwaltung Öffentlichkeitsarbeit“.

Und tatsächlich ging BAYER in Revision. Allerdings hatte der Konzern beim Landesarbeitsgericht in Düsseldorf kaum mehr Erfolg. Zwar endete das Verfahren am 17. Juli 1987 mit einem Vergleich, doch mußte der Konzern auf die Forderungen des Betriebsrates eingehen. Er verpflichtete sich, dessen gesetzlich verbriefte Rechte zu achten und bei Zuwiderhandlung eine Vertragsstrafe zu zahlen. Der Betriebsrat kommentierte das gerichtliche Vorgehen mit den Worten: „Der Schutz und die Interessen der Mitarbeiter/innen haben absoluten Vorrang. Notfalls muß dies auch gerichtlich durchgesetzt werden.“ △

BAYER soll für Rüstungsaltlasten zahlen

Einer kürzlich vom BUND vorgelegten Presseerklärung zufolge gibt es in der Bundesrepublik 72 alte Standorte aus der Rüstungsproduktion des „Dritten Reiches“. Während des Zweiten Weltkrieges befanden sich diese Standorte größtenteils im Eigentum der MONTAN-INDUSTRIE GmbH, die nach der Freigabe durch die Alliierten im Jahr 1951 in INDUSTRIEERWALTUNGSGESELLSCHAFT mbH (IVG) umbenannt wurde.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Mehrheit an der IVG und wäre somit moralisch wie auch rechtlich verpflichtet, die Sanierung der 72 Standorte zu finanzieren. Darüber hinaus müssen – lt. BUND-Forderung – die ehemaligen Betreiber von Rüstungsanlagen, die heute noch existieren (z.B. DYNAMIT NOBEL, DEGUSSA, WALSAG, RIEDEL DE HAEN), sowie die Nachfolger des IG Farben-Komplexes (BAYER, HOECHST, BASF) zur Sanierung der Rüstungsaltlasten herangezogen werden. Diese hätten sich „bisher mit einfachen Rechtskonstruktionen aus der Verantwortung“ gezogen, heißt es in der Presseerklärung.

Zur Kasse gebeten wird der Steuerzahler. Die Sanierung eines Geländes der ehemaligen Sprengstoff-Fabrik HESSEN-LICHTENAU kostete

beispielsweise allein schon über 10 Mio. DM.

Der BUND und die BAYER-Coordination fordern die konsequente Anwendung des Verursacher-Prinzipes, also Begleichung der Sanierungskosten aus Mitteln des Verteidigungshaushaltes, des IVG-Vermögens und Heranziehung der Chemischen Industrie als frühere Anlagenbetreiber. △

Verbot der IG FARBEN i.A. gefordert

1949 wurde das „Mörderkartell“ der IG FARBEN von einem internationalen Tribunal in Nürnberg wegen Sklaverei und Kriegsverbrechen verurteilt. Der Zusammenschluß von Konzernen wie BAYER, HOECHST, BASF etc. wurde auf Anordnung dieses internationalen Gerichtes zerschlagen. Die IG FARBEN sollten ausgelöscht werden.

Bereits 1955 jedoch trafen sich wieder Aktionäre der IG FARBEN. Mit der Begründung, die Auflösung der alten IG FARBEN abzuwickeln, ist von einigen Alt-Aktionären die IG FARBEN in Abwicklung (i.A.) gegründet worden. Und macht seither glänzende Geschäfte.

Die IG FARBEN i.A. scheut keinen Prozeß in keinem Land der Welt, um aus dem enteigneten Besitz der alten IG FARBEN noch heute Profit zu schlagen.

Auf dem Vergleichsweg flossen „Entschädigungen“ in Millionenhöhe aus Österreich, der Schweiz und vielen anderen Ländern.

Geschäfte macht die IG FARBEN i.A. auch mit den alten IG FARBEN-Firmen BAYER, HOECHST, BASF etc.. So besitzt die „Abwicklungsgesellschaft“ allein ca. 26.000 BAYER-Aktien.

Und schließlich beginnt die IG FARBEN auch wieder zu produzieren. Sie übernahm Mehrheitsbeteiligungen an entsprechenden Unternehmen. Bezeichnenderweise ebenfalls an alten – durch das Nürnberger Urteil „entflochtenen“ – IG FARBEN-Firmen.

Das Gesamtvermögen der neuen IG FARBEN beläuft sich mittlerweile auf weit über 1 Mrd. DM.

Wirkte die neue IG FARBEN bisher meist im Stillen, hat sich dies seit einigen Jahren geändert. Vor allem die jährlichen Hauptversammlungen dieser „ehrenwerten Aktiengesellschaft“ wurden Anlaß für öffentliche Empörung und Kritik.

Mußten bisher die Kritiker ihre Forderungen vor den Toren der Hauptversammlung vertreten, so mußten sich die IG FARBEN-Aktionäre am 7. August 1987 erstmals innerhalb ihrer Versammlung mit einem „kritischen Aktionär“ auseinandersetzen. Emil Carlebach, Vizepräsident des Internationalen Buchenwald-Komitees, stellte den Antrag auf umfassende Entschädigung der „Produktions-Sklaven“ der alten IG FARBEN. Die IG FARBEN war der Konzern, der zur Zeit der Hitler-Faschisten nicht nur Kriegsgefangene menschenunwürdig und völkerrechtswidrig wie Sklaven hielt und bestialische Experimente an Häftlingen durchführte, sondern darüber hinaus sogar ein konzerneigenes Konzentrationslager ein-

richtete und unterhielt. In den letzten 20 Jahren wurden für Entschädigungen lächerliche 13 Mio. DM ausgegeben.

Emil Carlebach erhielt Unterstützung durch die BAYER-Coordination, die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN), die Lagergemeinschaft Auschwitz, die deutsche Friedensunion (DFU) die DKP und die Partei die Grünen. Sie demonstrierten mit Losungen wie: „IG FARBEN – Mitschuld an Massenmord – Enteignung“ und „Bis 1945 Massenmord, bis 1987 Riesenprofite“ gegen die Existenz der IG FARBEN i.A.. Sie forderten mit Emil Carlebach :

- Aufklärung der Öffentlichkeit darüber, wer die Aktionäre der IG FARBEN i.A. sind und welche Finanzkreise hinter dieser Gesellschaft stehen;
- Verbot und sofortige Auflösung der IG FARBEN i.A., ohne jegliche Entschädigung der Kapitaleigner;
- Enteignung der IG FARBEN i.A. und Verwendung des Vermögens zur Entschädigung der Opfer (sowie deren Angehörigen) der alten IG FARBEN. △

Keine Kunstaussstellung wegen Rheinverschmutzung

Die Ehefrau und Nachlaßverwalterin des verstorbenen Künstlers André Thomkins machte eine mündlich mit Frau Dr. Bott von der BAYER-Kulturabteilung vereinbarte Ausstellung in Leverkusener Konzernräumen wieder rückgängig. Als Grund dafür nannte sie, angeregt durch einen Radio-Bericht zum Buch „Rheinalarm“ von J.

VIEL

ZU

VIEL

hat uns der Prozeß gegen den BAYER-Konzern schon gekostet. Um auch weiterhin effektive Arbeit leisten zu können, sind wir auf finanzielle Unterstützung bzw. Spenden angewiesen, zumal der Prozeß noch nicht beendet ist!

Coupon:

Ich möchte spenden
DM _____

Ich möchte weitere Informationen
 DM 5,- für kleines Infopaket
 DM 20,- für großes Infopaket
 Ich möchte Mitglied werden
 Ich möchte 100 Flugblätter zum Weiterverteilen
 (DM 5,- in Briefmarken liegen bei)

Absender: _____

Datum/Unterschrift: _____

Sonderkonto:
BAYER-Coordination
PGIA Essen 4536 85-431

Widerstand gegen BAYER (Griechenland)

Auf der Korfu vorgelagerten Insel Paxi, ca. 2.000 Einwohner, werden alljährlich, wie auch im übrigen Griechenland, die Olivenbäume per Flugzeug mit Insektiziden gegen die Olivenfliege (Dakos) gespritzt.

Nachdem die Einwohnerschaft in der letzten Zeit einen Anstieg der Krebserkrankungen festgestellt zu haben glaubt (Wohnhäuser und Olivenbäume bilden vielerorts eine Einheit, und die Trinkwasserversorgung erfolgt ausschließlich über Zisternen), entschloß sich eine der vier lokalen Gemeinden, die Spritzungen aus der Luft

anzufechten. In einem Prozeß soll geklärt werden, ob das BAYER-Pestizid LEBAYCID krebserregende Wirkung hat.

Die allgemeine Gesundheits-schädlichkeit wurde auf Antrage vom griechischen Gesundheits- wie auch vom Landwirtschaftsministerium bestätigt. Die Athener Vertretung des BAYER-Konzerns jedoch hat den Bürgermeister der betreffenden Gemeinde aufgefordert, seine „unhaltbaren und verleumderischen Behauptungen“ zu unterlassen. Unter Androhung gerichtlicher Schritte, versteht sich. △

Heimbrecht/J. Molck (vergl. „Stichwort: BAYER“ 1/2 1987), die katastrophale Belastung der Umwelt mit Schadstoffen durch die Chemische Industrie.

Wörtlich heißt es in einem Brief an Frau Dr. Bott: „Nach wie vor hätten wir wohl gern André Thomkins Werk... gezeigt – doch auch in seinem Sinne darf es nicht in der Kulturabteilung eines Konzerns geschehen, der... kulturell schädlich handelt, indem er sauberes Wasser und saubere Luft vergiftet, welche Grundlage allen Lebens und aller Kultur sind.“

Gefährdungs-Haftung des Herstellers

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Bachmeier erhielt schriftliche Antwort auf seine Frage nach den haftungsrechtlichen Regelungen und der Beweislast-Erleichterung durch die Gerichte vom Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Dr. Wagner. Bachmeier wollte insbesondere wissen, ob geschädigten Privatpersonen gegenüber den Herstellern bzw. Vertreibern von FORMALDEHYD-, PCP- oder DIOXIN-haltigen Produkten Beweislast-erleichterung zugestanden werden müßte. In diesem Falle sollten, so Bachmeier, die Verantwortlichen bereits dann haftbar gemacht werden können, wenn zwar der vollständige Beweis der Verursachung fehle, aber aller Anschein für die Verschuldung des Herstellers spreche. Juristisch kennzeichne diese Frage den Unterschied zwischen der Verschuldung und der Gefährdungs-Haftung.

Dr. Wagner stellt in seiner Antwort fest, daß künftig im Rahmen der Umsetzung von EG-Richtlinien zur Produkt-Haftung allgemein die Gefährdungs-Haftung gelte. Eine interministerielle Arbeitsgruppe beschäftige sich seit dem 3. Dezember 1986 mit der Frage, wie die rechtliche Stellung eines Geschädigten im Umwelt-Haftungsrecht verbessert werden könne. Wörtlich schreibt Wagner u.a.: „Nach geltendem Recht gilt für die Fälle der Produkt-Haftung grundsätzlich die Verschuldungs-Haftung, allerdings mit der von der Rechtsprechung entwickelten Besonderheit, daß der Hersteller dartin und beweisen muß, daß ihn kein Verschulden trifft. Die Anforderungen an den Entlastungsbeweis sind sehr hoch; daher kommt die Haftung in ihren Ergebnissen einer Gefährdungs-Haftung sehr nahe“.

Schön wär's! Das Landgericht Köln wies im Dezember 1986 die Klage der durch BAYER-DESOWAG-HOLZGIFTE DIOXIN-geschädigten Familie Zapke mit der obskuren Begründung zurück, daß der Verbraucher selbst für die

Gefährlichkeit eines Produktes – sogar über die Hersteller-Angaben auf der Verpackung hinausgehend – verantwortlich sei. (Vergl. „Stichwort: BAYER“ 1/2 1987.)

Allem Anschein nach waren für BAYER die „Anforderungen an den Entlastungs-Beweis“ gegen die Familie Zapke nicht „sehr hoch“. In der Tat ist es erforderlich, daß die interministerielle Arbeitsgruppe die Stellung des Geschädigten verbessert. Δ

GREENPEACE nahm Abwasserprobe in Brunsbüttel – BAYER erstattete Anzeige

„Jeder muß das Recht haben, zu wissen, was, wo, von wem und in welchen Mengen eingeleitet wird“, begründet GREENPEACE seine Aktion bei BAYER am 16. Juli. Die Umweltschutzorganisation brachte, getarnt als „Rohrleitungs-Reparaturfirma Friedemann Grün“ am Wasserrohr der Brunsbütteler Niederlassung eine „öffentliche Probeentnahmestelle“ an. Der installierte Hahn sei, nach Auskunft von GREENPEACE, abschließbar, damit niemand durch eingeleitete giftige Abwässer geschädigt werde. 20 passende Schlüssel wurden an diverse Umweltschutzorganisationen und sogar an den Bundesumweltminister Toepfer, der ein vergoldetes Exemplar erhielt, versandt.

Im Vorfeld der Aktion wurde ein Gespräch zwischen dem BAYER-Beauftragten für Umweltschutz in Brunsbüttel, Dr. Ulrich-Geffarth, und der GREENPEACE-Vertreterin, Ingrid Jütting,

vereinbart. In einem Vorab-Telefonat der beiden Vertreter bat Frau Jütting um eine mündliche Zusage, die der Umweltschutzorganisation nicht bekannten etwa 20 Seiten des Einleiterbescheides einsehen zu dürfen. Ein derartiges Versprechen wollte Dr. Geffarth jedoch nicht verbindlich geben, wonach nach Aussage von Frau Jütting die Substanz für den BAYER-Besuch verloren gegangen sei. Sie sagte die geplante Visite ab. BAYER bewertete diesen Schritt auf einer Pressekonzferenz als mangelnde Dialogbereitschaft von GREENPEACE.

Der Brunsbütteler Werksleiter, Professor Dr. Klaus Kleine-Weischede, reagierte überhaupt sehr gereizt. GREENPEACE sollte die Ergebnisse ihrer Analyse unverzüglich veröffentlichen – was im übrigen bisher stets geschah – und dabei die Vorbelastung des Abwassers aus dem Nord-Ostsee-Kanal mit berücksichtigen. Die Aktion sei gesetzwidrig und zudem nur billige Effekthascherei. Sie entbehre jeder Notwendigkeit.

Aufgrund des bisher bekannten Teiles des Einleiterbescheides von 1974 darf BAYER/Brunsbüttel jährlich 1.300 kg Quecksilber, 130 t Blei, 1.300 kg Cadmium, 2.600 t Eisen, 650 t diverser Schwermetalle, 950 t Fluor, 65 t Phenol, 650 t petroletherextrahierbare Stoffe, sowie 19.500 t Schwebstoffe in die Elbe einleiten. Noch nicht einmal an diesen Persilschein hält sich der Konzern.

Bereits 5 Wochen nach der „Probeentnahme“ legte nämlich GREENPEACE die Ergebnisse der Analyse, angefertigt vom unabhängigen „Chemischen Labor Wahlwies“ in Stockach



Spektakuläre Greenpeace-Aktion am 16. Juli '87: An einem Brunsbütteler Abwasserrohr der BAYER-AG wird eine „öffentliche Probeentnahmestelle“ eingerichtet. BAYER droht danach mit einer hohen Schadenersatzforderung.

(Baden-Württemberg) vor. Danach überschritten die Werte für Phenol mit 0,9 Milligramm/l und für den chemischen Sauerstoffbedarf mit 299 Milligramm/l die 1974 genehmigte Einleitungsmenge von 0,5 bzw. max. 200 Milligramm. Überhaupt nicht in der Einleitungsgenehmigung aufgeführt seien die ermittelten Stoffe Arsen (40 Mikrogramm/l), Nickel (70 Mikrogramm/l), Kobalt (15 Mikrogramm/l), Chrom (50 Mikrogramm/l), Aluminium (1,7 Mikrogramm/l) und Kupfer (70 Mikrogramm/l).

Hier setzt die Kritik an den Behörden an. Nach GREENPEACE sei der Einleiterbescheid längst überholt und aktualisierungsbedürftig. BAYER müsse gezwungen werden, die Produktion nach dem verfügbaren Stand der Abwassertechnik auszurichten.

Weitere GREENPEACE-Kritik am Einleiterbescheid: er verlangt lediglich eine „abgesetzte Probe“. In ihr ließe sich jedoch nur ein Bruchteil der tatsächlichen Schadstoffmengen bestimmen.

Der Brunsbütteler Werksleiter, Professor Kleine-Weischede, reagierte auf die neutral durchgeführte Analyse mit einer Pressekonferenz, wo er anhand von Gegenzahlen behauptete, die Wahlwies-Werte seien „schlicht falsch“. Dahingegen unterlägen die BAYER-Untersuchungen der Kontrolle neutraler Institute. Auch mit Hilfe der bei der Überwachungsbehörde vorliegenden Daten könne geprüft werden, daß die betriebseigene Analyse stimme. Dem von GREENPEACE beauftragten Labor sprach Professor Kleine-Weischede schlicht die Kompetenz ab: „Abwasseranalysen erfordern große Sorgfalt und viel Erfahrung“. Das Labor Wahlwies verfüge offenbar nicht über das Know How.

BAYER verlagerte schließlich den Streit um das berechnete GREENPEACE-Anliegen nach „gläsernen Abflußrohren“ auf die strafrechtliche Ebene. Der Konzern erstattete Anzeige und klagt auf Schadenersatz in Höhe von DM 270.000,-; DM 20.000,- für den Austausch des angebohrten Rohres und 250.000,- als Entschädigung für den angeblichen Produktionsausfall während der Reparaturarbeiten.

Der Prozeß steht noch aus! △

BAYER schreibt an Kirchentags-Besucher

Während des Evangelischen Kirchentags 1987 in Frankfurt sammelte die BAYER-Coordination Unterschriften unter die Forderung: „Stoppt die BAYER-Pestizide! Schluß mit Produktion und Vermarktung gefährlicher Umweltgifte.“

Rund 1.800 Kirchentagsbesucher haben diese Forderung der BAYER-Coordination unterzeichnet. Stellvertretend für die Unterzeichner leitete Frau Pastorin Friedel Geisler, Vorstandsmitglied der BAYER-Coordination, diese Forderung an den BAYER-Vorstand weiter. Auf der Hauptversammlung des Konzerns überreichte sie dem Vorsitzenden des Vorstandes, H.J. Strenger, die Unterzeichnerliste.

Vier Monate ließ sich der Konzern Zeit für eine Reaktion. Doch dann bekamen alle Unterzeichner Post. Vorstandsmitglied Prof. Weise und der Chef der Öffentlichkeits-Abteilung Heiner Springer wandten sich persönlich mit einem dreiseitigen Brief an jeden einzelnen der Unterzeichner.

Daß der BAYER-Textautomat dabei jeden abgekürzten Vornamen mit männlichem Geschlecht belegte und somit viele Unterzeichnerinnen mit „Sehr geehrter Herr“ angeredet wurden, ist nur die kleinere Peinlichkeit. Bedeutend peinlicher ist, daß der lange BAYER-Brief sich nicht mit den Forderungen auseinandersetzt, sondern diese abwehrt und die BAYER-Pestizide in altbekanntem Manier zu rechtfertigen sucht. Mit dem Verweis auf die „amtlichen Zulassungsbehörden“ und die Gesetze. Verschwiegen wird dabei allerdings, daß die meisten Länder der Dritten Welt weder über entsprechende Gesetze noch über Zulassungsbehörden, noch über einen geeigneten wissenschaftlichen Apparat verfügen.

Leider leistet dieser Antwortbrief nicht das, was er verspricht. Zu Beginn des Briefes schreibt BAYER: „Wir bemühen uns um einen fairen Dialog, auch mit unseren Kritikern.“ Wo bleibt der Dialog, wenn mit keinem einzigen Wort die Berechtigung der Forderung anerkannt und eine Änderung des Verhaltens signalisiert wird?

Und es spricht auch nicht gerade von Dialogbereitschaft, wenn zwar alle Unterzeichner angeschrieben werden, mit dem Initiator der Aktion, der BAYER-Coordination, jedoch nicht das Gespräch gesucht wird. △

Die Aktionärshauptversammlung

Neuer Besucherrekord

Im Jahr 1983 wurden auf der BAYER-Hauptversammlung erstmals kritische Töne laut. Rund 2.000 Aktionäre waren damals nach Köln in die Messehallen gekommen, um in ge-

wohnter Weise den Bericht und die Anträge des BAYER-Vorstands/-Aufsichtsrats entgegenzunehmen und zu beklatschen. Mit um so größerem Erfastaunen reagierten sie, als in noch nie dagewesener Weise erstmals „Kritische BAYER-Aktionäre“ in Erscheinung traten.

In der Folge kamen von Jahr zu Jahr mehr Aktionäre nach Köln. Die Beteiligung wuchs mit zweistelligen Zuwachsraten. Eine Erscheinung, die im Dasein bundesdeutscher Aktionärshauptversammlungen ohne Beispiel ist. Und auch bei BAYER stellte diese Entwicklung in der langjährigen Geschichte eine absolute Neuigkeit dar.

Was hatte sich geändert? Die Reden des Vorstandsvorsitzenden waren gleichermaßen ermüdend geblieben wie immer. Doch die üblichen Lobhudeleien der Bankenvertreter und Berufsaktionäre wurden nunmehr ergänzt durch kritische und sachkundige Beiträge von „Kritischen BAYER-Aktionären“. Themen: Umweltschutz, Dritte Welt, Produktionssicherheit, Arbeitsbedingungen etc..

Im Jahr 1987, fünf Jahre nach dem ersten Auftreten „Kritischer BAYER-Aktionäre“, erreichte die Besucherzahl der BAYER-Hauptversammlung einen absoluten Rekord: Mehr als 10.000 Aktionäre waren in die Messehallen geströmt. Angelockt durch die rund 70 Gegenanträge der „Kritischen BAYER-Aktionäre“. Der BAYER-Konzern mußte eine zweite Messehalle zur Durchführung seiner Hauptversammlung anmieten. △



Immer mehr Aktionäre übertragen der BAYER-Coordination ihre Stimmrechte.

Falsche DKP-Fahnen

Man sah sie schon von weitem. Hoch über den Köpfen der Menschenmenge über dem Eingang der Messehallen leuchteten rote DKP-Fahnen. Die rund 10.000 BAYER-Aktionäre, die Presse und jeder unbefangene Beobachter mußten den Eindruck gewinnen, ein massives Aufgebot deutscher Kommunisten habe sich vor den Eingängen der BAYER-Hauptversammlung eingefunden.

Doch den wenigsten Besuchern wurde klar, daß hier ein ungeheuerlicher Etikettenschwindel begangen wurde. Nicht DKP-Mitglieder hielten die Fahnen, sondern BAYER-Beschäftigte. Die BAYER-Initiative „Die Malocher“ hatte die Fahnen eigens für diese Aktion herstellen lassen. Ziel: Diffamierung der vor der Hauptversammlung protestierenden Umweltschutz-Organisationen. Antikommunistische Ressentiments sollten gegen die Umweltschützer und Dritte-Welt-Gruppen mobilisiert werden.

Das Vorgehen der BAYER-Initiative zeugt davon, mit welcher Unehrllichkeit und auf welchem moralischen Niveau hier agiert wird. Anstatt sachlicher Auseinandersetzung Lüge, Diffamierung und Etikettenschwindel. Δ

Dialog verweigert

In seiner Eröffnungsansprache stellte der Vorstandsvorsitzende H.J. Strenger fest: „Das bedeutet nach meiner Überzeugung, daß wir mit Offenheit auf die Menschen zugehen müssen, die zum Dialog bereit sind.“

Doch bereits eine halbe Stunde später war von Offenheit und Dialogbe-

reitschaft nichts mehr vorhanden. Zu den eingereichten 71 Gegenanträgen zahlreicher kritischer BAYER-Aktionäre führte er sinngemäß aus, daß es sich hier um einen „Mißbrauch des Aktienrechtes“ handle. Die Hauptversammlung sei zu einer „Arena für Aktionäre geworden, denen das Wohlergehen des Konzerns nicht am Herzen liegt“. Die Anträge enthielten angeblich „üble und diffamierende Äußerungen“. Insbesondere Frau Pastorin Geisler diffamierte der Vorstandsvorsitzende als „Lügnerin“. Die kritischen Aktionäre seien „eine Gruppe, die die freiheitliche Ordnung mißbraucht und eine andere Gesellschaft will“.

Und wörtlich zog Herr Strenger das Fazit: „Diese Leute gehören nicht zu den von mir zum Dialog eingeladenen Leuten.“ Δ

Dokumentation erhältlich

Die Projektgruppe „Kritische BAYER-Aktionäre“ hat eine Dokumentation der aktuellen Hauptversammlungs-Aktionen zusammengestellt. Sie enthält einen Pressespiegel, die rund 70 Gegenanträge sowie die Reden der „Kritischen BAYER-Aktionäre“.

Sie kann unter dem Stichwort „HV-Dokumentation“ gegen Einsendung von DM 10.-- zzgl. DM 3.-- Porto/Verpackung angefordert werden bei:

BAYER-Coordination
„Kritische BAYER-Aktionäre“
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11 Δ

Die Reden

Auf der Aktionärs-Hauptversammlung 1987 sprachen 7 „Kritische BAYER-Aktionäre“:

- Pastorin Friedel Geisler, Vorstandsmitglied der BAYER-Coordination und Kandidatin für den Aufsichtsrat der BAYER AG;
- Dipl. Biologe Joachim Spangenberg, Mitglied der umweltpolitischen Kommission des Bundesvorstands der Jungsozialisten und ehemaliger Referent der SPD-Bundestagsfraktion für Gen-Technologie;
- Pfarrer Frackmann;
- Dipl. Kfm. Axel Köhler-Schnura, Sprecher der BAYER-Coordination und Kandidat für den Aufsichtsrat der BAYER AG;
- Helmut Klier, Mitglied des Bezirksvorstands Rheinland-Westfalen der DKP;
- Jutta Ditfurth, Sprecherin im Bundesvorstand der Grünen;
- Reinhard Klaus, BAYER-Betriebsgruppe der DKP.

Frau Geisler überbrachte dem BAYER-Vorstand 1.851 Unterschriften, die die BAYER-Coordination auf dem Evangelischen Kirchentag gesammelt hatte. Sie forderte im Namen der Unterzeichner den Vorstand auf, sich im öffentlichen Dialog mit seinen Kritikern auseinanderzusetzen anstatt gegen die BAYER-Coordination zu prozessieren. Des weiteren kritisierte sie am Beispiel Peru die Medikamentenwerbung von BAYER in Ländern der Dritten Welt. Sie trug die Forderung der BAYER-Arbeiter aus Lima vor, die gerechte Entlohnung und Wiedereinstellung von gekündigten Kollegen verlangten. Sie forderte den Vorstand auf, seine Strategien in den Dritte-Welt-Ländern zugunsten der Verbraucher und der Umwelt zu ändern und durch Produkte geschädigte Menschen zu entschädigen.

Joachim Spangenberg beschäftigte sich in seinem Redebeitrag mit der Nutzung der Mikro-Biologie durch den BAYER-Konzern. Er warf BAYER vor, die aus der Bio-Technologie resultierenden Risiken nicht nur zu verharmlosen, sondern vollständig zu leugnen. BAYER betreibe mit derartigen Presse-Kampagnen eine bewußte Verschleierung von Gefahren.

Pfarrer Frackmann aus Bonn setzte sich vor allem mit dem Diskussionsstil des Vorstandes auseinander. Er kritisierte, daß der BAYER-Vorstand keine sachliche Auseinandersetzung mit seinen Kritikern führe. Er heize die Atmosphäre im Saal auf und reagiere polemisch und aggressiv auf die Anträge und Redebeiträge der Kritiker.

Axel Köhler-Schnura warf dem Vorstand vor, daß „nicht SANDOZ, sondern BAYER selbst... das Vertrauen der



Chemieunterricht für Hauptversammlungsbesucher.



Jutta Dittfurth spricht auf der Hauptversammlung.

Öffentlichkeit" verspiele. Und zwar durch ständige Verseuchung und Gefährdung der Umwelt und der menschlichen Gesundheit. Er belegte seinen Vorwurf mit zahlreichen aktuellen Beispielen aus dem Geschäftsjahr. Er forderte die weltweite Einstellung der Verklappung von Dünnsäure und die Offenlegung aller Emissionen in allen Werken der Welt.

Helmut Klier befaßte sich mit der Frage der Arbeitsplätze. Er stellte fest, daß der Konzern ca. 3.000 Arbeitsplätze im Geschäftsjahr vernichtet hat. Und das bei neuen Rekordgewinnen. Er kritisierte, daß noch immer nicht genügend Ausbildungsplätze in Höhe von 10 % der Belegschaft zur Verfügung stehen. Er wies darauf hin, daß BAYER neuerdings im Aufsichtsrat von DAIMLER-BENZ vertreten ist und damit die Verbindung zum militärisch-industriellen Komplex hergestellt wurde.

Jutta Dittfurth beschäftigte sich in ihrem Redebeitrag anlässlich des 125-jährigen Jubiläums des BAYER-Konzerns im Jahr 1988 mit der Geschichte der BAYER AG. Sie kritisierte, daß in der offiziellen BAYER-Werksgeschichte die Entwicklung der chemischen Kampfstoffe, die Verquickung zwischen Hitler-Faschisten und Konzernleitung, die Ausrottung jüdischer Konzentrationslager-Häftlinge mit BAYER-Giften, die Verurteilung des Konzerns vor dem Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal in Nürnberg im Jahr 1949 und vieles andere mehr fehle. Sie legte offen, daß der BAYER-Konzern noch immer an der Firma mit Aktienbesitz beteiligt ist, die das Giftgas ZYKLON B zur Ermordung jüdischer Konzentrationslager-Häftlinge an die SS lieferte. Sie forderte Auskunft zu einem Vorfall in Großbritannien, bei dem die dortige BAYER-

Tochter aus dem britischen Pharmaverband wegen Bestechung von Ärzten ausgeschlossen wurde.

Reinhard Klaus schließlich nahm Stellung zu aktuellen Problemen in der CHROM-Produktion in Leverkusen. Er forderte die Offenlegung der gesundheitlichen Untersuchungen. Er wollte wissen, wieviel Beschäftigte erkrankt bzw. nicht wieder an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt sind und ob alle unter 35 Jahre alten Beschäftigten alle drei Monate untersucht werden.

Alle Redner forderten die anwesenden Aktionäre auf, dem Vorstand und den Kapitalvertretern im Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern. Friedel Geisler und Axel Köhler-Schnura wurden des weiteren als Kandidaten für die Wahl zum Aufsichtsrat vorgeschlagen. △

Worte des großen Vorsitzenden

„Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich möchte Sie auch im Namen des Vorstands recht herzlich willkommen heißen. Ich treue mich, daß Sie als Aktionäre, Aktionärsvertreter, Freunde und Gäste unseres Unternehmens unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind, um sich unmittelbar über die Entwicklung unserer Gesellschaft zu informieren.“

Wir werten Ihre Anwesenheit als Ausdruck der Verbundenheit mit unserem Unternehmen. Viele Aktionäre haben das ganze Jahr über ihr Interesse in mannigfaltiger Form gezeigt.

Wir danken Ihnen für dieses Engagement und für das Vertrauen, das uns bei der Arbeit in einem schwieriger ge-

wordenen Umfeld eine wertvolle Stütze ist.

... Unser Einsatz hat sich gelohnt. Das Jahr 1986 war das vierte erfolgreiche Geschäftsjahr in Folge. Das gilt vor allem im Hinblick auf das Ergebnis.

... Ich komme nun zu einem Thema, das mir sehr am Herzen liegt. Ich weiß, manche von Ihnen sind der Diskussion über 'Chemie und Umwelt' überdrüssig. Aber die Bereiche 'Sicherheit' und 'Umweltschutz' sind zu besonderen Prüfsteinen für die Chemie geworden.

Seit den Ereignissen in Basel im vorigen Jahr hat auch die deutsche chemische Industrie erheblich an Ansehen eingebüßt. Dieser Imageverlust belastet natürlich auch BAYER, und er trifft uns und unsere Mitarbeiter ganz persönlich.

... Für 1987 z.B. erwartet unser Staat rund 900 Mrd. DM an Steuern, Sozialbeiträgen und sonstigen Übertragungen. Doch wer macht eigentlich den Menschen bewußt, daß Arbeitsplätze, soziale Leistungen, kulturelle Vielfalt und eine zuverlässige Staatsverwaltung auf die Dauer nur mit einer erfolgreichen Wirtschaft zu finanzieren sind?

... Wir beobachten darüber hinaus mit Sorge, daß von einigen Kritikern der Industrie – insbesondere der chemischen Industrie – den Verwaltungsorganen unserer demokratischen Gesellschaft die fachliche Kompetenz abgesprochen wird.

Jeder kann sich in unserem Land frei äußern, also auch öffentlich Kritik üben. Wir bejahen dieses Grundrecht ausdrücklich und machen von ihm selbst Gebrauch. Allerdings sind wir der Auffassung, daß wir auf einem un-guten Weg sind, wenn die Meinung einer engagierten Umweltschutz-Gruppe mehr politisches Gewicht hat als nüchternen Sachverstand von Fachleuten.

... Wir haben in der Vergangenheit so manche Aufgabe bewältigt, auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Doch eines steht fest: Es wird nie gelingen, die Errungenschaften der Chemie ohne jedes Risiko und ohne jede Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt zu erhalten. Leistungen zum Nulltarif – das kann es nicht geben.“

Originalton H.J. Strenger, Vorstandsvorsitzender des BAYER-Konzerns, auf der HV 1987. △

Bayer
BAYER AG 5090 LEVERKUSEN
BAYERWERK



Leverkusen, 22. Mai 1987

VORSTAND

Sehr geehrte Aktionäre,

zu unserer Hauptversammlung am 24. Juni 1987 haben uns 21 Personen insgesamt 66 Gegenanträge gebündelt übergeben lassen. Es handelt sich dabei um eine Gruppierung, die Sie bereits aus den Hauptversammlungen der vergangenen Jahre kennen.

Die Antragsteller sind: S. Beckel, A. Bohn, Internationale Koordinationsstelle - Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung e.V., H. Engelbrecht, A. Frackmann, F. Frackmann, K.-D. Fuchs, F. Geisler, T. Gerhards, S. Hartbrich, J. Hengst, R. Klaus, H. Klier, A. Köhler-Schnura, M. Kollatz, S. Lehndorf, C. Rogalla, W. Ropohl-Beer, C. Schnura, G. Schöbel, P. Weissenfeld.

21 gleichlautende Gegenanträge zu Punkt 1 der Tagesordnung (Reduzierung der Ausschüttung auf DM 3,--) würden gem. § 174 AktG und § 18 der Satzung zu einem gesetz- und satzungswidrigen Beschluß der Hauptversammlung führen, da die Anträge eine notwendige Beschlußfassung über den verbleibenden Teil des Bilanzgewinns nicht vorsehen. Sie werden gem. § 126 Abs. 2 Nr. 2 AktG nicht mitgeteilt.

Zu den Punkten 2 (21 Anträge) und 3 (19 Anträge) der Tagesordnung beantragen die Obengenannten, die Mitglieder des Vorstands und die Kapitalvertreter im Aufsichtsrat nicht zu entlasten. Zur Begründung werden in beiden Punkten Einzelvorgänge aus dem Konzernbereich aufgeführt: angeblich umweltgefährdende Zwischenfälle an mehreren Orten mit 9 verschiedenen Produkten und angebliche Mängel bei der Information hierüber; das Vorgehen auf dem Pflanzenschutzgebiet in Nicaragua, Australien, Monheim und Mexico; die Belastung des Honigs mit Rückständen; der Umgang mit Holzschutzmitteln; Einleitungen in den Rhein und Verklappungen in der Nordsee und Niederwallach; angebliche Unzulänglichkeiten bei Maßnahmen zum Bodenschutz, im Grundwasserverbrauch, in der Produktionssicherheit, in der Berücksichtigung von Anwohnerwünschen und in der Werbung für Aspirin; Einzelfragen betreffend Mitarbeiter in Peru, in Belgien, in Brunsbüttel und im Konzern, in der Arbeitsmedizin, in der Arbeitsplatzgestaltung sowie bei den Auszubildenden; gentechnische Versuche im Pflanzenschutzbereich; angebliche Spenden an die südafrikanische Regierungspartei; der Vertrieb eines Tonikums in Pakistan; Nichtzahlung von Entschädigungen an ehemalige Häftlinge und Zwangsarbeiter; die Ankündigung von Prozessen gegenüber Kritikern und die mangelnde Bereitschaft des Unternehmens, mit ihnen in und außerhalb der Hauptversammlung einen Dialog zu führen.

Fünf zu Punkt 4 der Tagesordnung angekündigte Wahlvorschläge für die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat entsprechen nicht den Formerfordernissen; diese Anträge werden gem. § 127 Satz 3 AktG nicht mitgeteilt.

Die Gesellschaft hält auch die mitgeteilten Anträge für unbegründet. Der Vorstand wird wie in den vergangenen Jahren in der Hauptversammlung dazu Stellung nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
B A Y E R A G

Vorstand: Hermann Josef Straeger, Vorsitzender, Gerhard Fritz, stellvertretender Vorsitzender, Günter W. Beckler, Karl Heinz Blüchel, Helmut Leehr, Hilmut Piechota, Ernst-Henrich Rohe, Dieter Schaub, Manfred Schneider, Eberhard Weiss, Franz-Josef Weikemper, Hermann Wunderlich

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Herbert Grundwald
Sitz der Gesellschaft: Leverkusen
Eintragung: Amtsgericht, Leverkusen HRB 1122

Kapitalvertreter im Aufsichtsrat nicht entlastet

Der Aufsichtsrat des BAYER-Konzerns setzt sich zusammen aus:

- 10 Vertretern des Kapitals
- 9 Vertretern der Belegschaft
- 1 Vertreter der leitenden Angestellten

Die „Kritischen BAYER-Aktionäre“ verweigerten den Vertretern des Kapitals die Entlastung. Sie halten insbesondere diese verantwortlich für die im Geschäftsjahr 1986 eingetretenen zahlreichen Fälle von Umweltverschmutzung und Gefährdung der menschlichen Gesundheit.

Wenn die „Kritischen BAYER-Aktionäre“ die Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat nicht in ihren Antrag zur Nichtentlastung einbeziehen, so hat das seine Ursache darin, daß sie den Gegensatz zwischen Konzernleitung und Belegschaft berücksichtigen. Auch wenn es in der Praxis zumeist so ist, daß die Belegschaftsmitglieder im Aufsichtsrat die Konzernpolitik billigen und sich oftmals sogar schützend vor BAYER stellen. So z.B. das Mitglied des Bundestags und zugleich Vorsitzender der IG CHEMIE, Hermann Rappe, im Herbst vergangenen Jahres anlässlich der Rhein-Störfälle.

Die Verantwortung für den Konzern liegt einzig und allein bei den Vertretern des Kapitals und beim Vorstand. Sie haben mit einem ausgefeilten System von Methoden und Maßnahmen in jahrzehntelanger Arbeit dafür gesorgt, daß sich die meisten „Belegschaftsvertreter“ von ihrer Basis im Betrieb entfernt haben. Es kommt nicht von ungefähr, daß die IG CHEMIE in den BAYER-Werken über einen ausgesprochen geringen Organisationsgrad von weit unter 40 % verfügt. △



BUND fordert neue Chemie-Politik

Im Rahmen der Umwelt-Woche im Juni 1987 diskutierten in Leverkusen Experten zum Thema „Sanfte Chemie“ vor 150 Besuchern. An dem Gespräch beteiligten sich neben Dr. J. Neffe (GEO-Redaktion), Dr. F. Claus (BUND), Dr. K.J. Soeber (Kernforschungsanlage Jülich) und Professor W. Reineke (Uni Wuppertal) auch der BAYER-Werksleiter Dr. Dietrich Rosahl. Er war als Vertreter der harten Linie angekündigt

worden, brachte aber angesichts vieler kritischer Äußerungen seiner Podiums-Kollegen und der Stimmung im Saal eher moderate Töne heraus. Er griff Forderungen von Umweltschützern auf und versuchte scheinheilig zu suggerieren, BAYER würde sie realisieren. „Menschen- und naturverträgliche Produktion sind bei BAYER oberstes Forschungsziel“, behauptete er beispielsweise. Als Beleg dafür verwies er ausgerechnet auf die Entwicklung von Pestiziden beim Konzern.

Die Begriffe „harte“ und „sanfte Chemie“, von denen im Verlauf der Diskussion immer wieder die Rede war, versuchte Dr. Rosahl als „konstruierten Gegensatz“ abzuwerten. Dem widersprach mehrfach Dr. Frank Claus vom „Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland“ (BUND). Zwar räumte auch er ein, daß in dem Begriff „sanfte Chemie“ allein „keine Problemlösung“ enthalten sei. Doch sei es wichtig, über radikale Veränderungen und Alternativen intensiv nachzudenken. Er forderte eine „veränderte Chemie-Politik“, bei der beispielsweise nicht mehr allein die Produzenten, sondern „demokratische Kartelle, in denen ebenso Anwender und Verbraucher das Sagen haben“, über die Herstellungsverfahren bzw. deren Risiken entscheiden. Nur so könnte z.B. das Recycling als Wirtschaftsprinzip eingeführt werden. Für mehr gefährliche Stoffe müßten geschlossene Kreisläufe eingeführt und darüber hinaus chemiefreie Alternativen erforscht werden.

Wenn BAYER „Umweltschutz“ sagt, meint sie „Ökonomie“. Dr. Rosahl wies darauf hin, daß sein Unternehmen allein schon aus wirtschaftlichen Gründen darauf bedacht sei, Schadstoffe zu vermeiden, statt sie später zu beseitigen. Angesichts der Forderungen nach einer „neuen Chemie-Politik“ bat er, die Umweltschützer mögen doch bitte wenigstens den guten Willen des Chemie-Konzerns zur Kenntnis nehmen. △

Belegschaft / Arbeitsplätze

Kollegen gegen Rappe

Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, (auch Mitglied im BAYER-Aufsichtsrat), sprach auf der diesjährigen Hauptversammlung des „Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie“ (BPI) am 3. Juni in Köln. Unter dem Beifall der Industriellen forderte er, daß die Pharma-Konzerne nicht „Dreh- und Angelpunkt“ für die finanzielle Sanierung des Gesundheitswesens sein dürften. Damit klammerte der Gewerkschaftsvorsitzende gerade jene, die hemmungslos an der Preisschraube drehen, aus den Kostendämpfungsplänen aus.

Die hessische DGB-Spitze zeigte sich empört darüber, daß Herr Rappe „bestimmte Tabu-Zonen“ errichte und „die Pharma-Industrie zur heiligen Kuh“ erkläre.

Die Kollegen in den Betrieben erwarten sich andere Themen in einer Rede ihres Vorsitzenden vor ihren Tarifgegnern: 35-Stunden-Woche, Arbeitsbedingungen vor Ort, Umweltschutz bzw. Umweltverschmutzung durch die Pharma-Industrie, Lohnpolitik usw. △

Azubi-Mangel befürchtet

BAYER sorgt sich um rückläufige Bewerbungszahlen in den 90er Jahren als Folge des sogenannten Pillenknicks. Die Ausbildungsleitung bei BAYER sinnt darüber nach, wie sich die „Lehre“ qualitativ hochwertiger und vor allem attraktiver gestalten läßt. Dies

verdeutlicht auch eine Anzeigen-Kampagne, die sich speziell an Abiturianten wendet und für eine Berufsausbildung im mittleren Management-Bereich wirbt.

Bereits in diesem Jahr sind unter den Bewerbern erstaunlich viele Abiturienten, nämlich über 50 % für das Leverkusener Werk. Naturwissenschaftliche und kaufmännische Ausbildungsgänge sind dabei am beliebtesten. Stiefkind dagegen ist der Beruf des „Chemikanten“. Hier konnten bereits in diesem Jahr nicht alle verfügbaren Ausbildungsplätze besetzt werden. Allein deshalb öffnet der Konzern diesen Berufszweig auch für junge Frauen.

Insgesamt ergibt sich somit das Bild einer Firma, die sich in Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit mit vermeintlichen Großtaten öffentlich brüstet, während sie sich tatsächlich auf die „mageren Jahre“ vorbereitet und interne Probleme zu lösen versucht. △

Sprecherausschüsse spalten

Was bislang noch auf freiwilliger Basis sein Unwesen treibt, soll demnächst sogar gesetzlich verankert werden: Die Bildung von Sprecherausschüssen als „Interessenvertretung“ der Leitenden Angestellten. Etwa 400 derartige Gremien gibt es in der Bundesrepublik, seit 1970 auch bei BAYER.

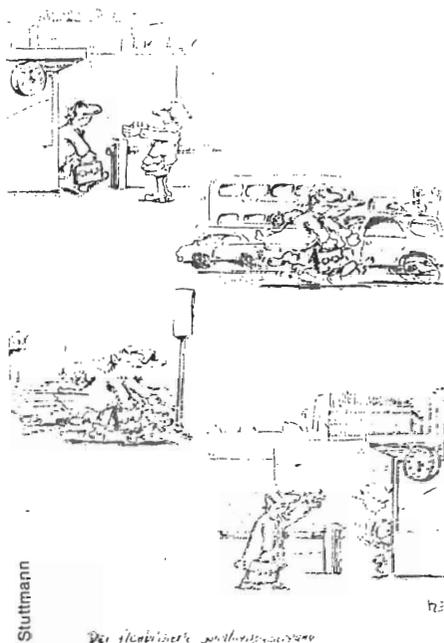
Bereits 1985 wurde in der christlich-liberalen Koalition ein Gesetzentwurf „Zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen“ behandelt. Dessen § 8 sieht z.B. vor, daß bei Regelungen für Betriebsvereinbarungen, welche die rechtlichen Interessen der Leitenden Angestellten betreffen, der dann gesetzlich vorgeschriebene Sprecherausschuß zu hören sei. Dieser kann gar



von links: Dr. Jürgen Neffe („Geo“-Redakteur), Dr. Dietrich Rosahl (Werkleiter der BAYER-AG), Randy Crott (WDR-Moderatorin), Prof. Dr. Walter Reineke (Uni Wuppertal), Dr. Frank Claus (BUND) und Prof. Dr. Karl-Johannes Soeder (Kernforschungsanlage Jülich).

die Aussetzung des Vollzugs der Vereinbarung verlangen und eine Vermittlungsstelle, bestehend aus Vertretern des Arbeitgebers, des Sprecherausschusses und des Betriebsrates, anrufen. So könnten die Leitenden Angestellten die Betriebsratsarbeit zum Wohle des Arbeitgebers lähmen.

Bei BAYER, so erklärt Dr. Hans Gunter Appel, Leiter der Personalabteilung für Leitende Mitarbeiter, gibt es etwa 3.300 „Leitende Angestellte“ im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. An den jeweiligen BAYER-Standorten existieren insgesamt 5 Sprecherausschüsse, bestehend aus 3 – 7 Mitgliedern. Die Vorsitzenden der örtlichen Ausschüsse treffen sich in einem sogenannten Unternehmensausschuß. Wahlberechtigt für die Sprecherausschüsse ist jeder „Leitende Angestellte“. „Leitende Angestellte“ sind



einerseits abhängig Beschäftigte, andererseits aber auch Vorgesetzte. Damit sie ihre Funktion im Sinne der Betriebs- bzw. Konzernleitung effektiv wahrnehmen können, treffen sich die Sprecherausschüsse wenigstens einmal pro Quartal zur Abstimmung mit Vertretern der Unternehmensleitung. Die Kompetenzen der Sprecherausschüsse bei BAYER sind dabei aufs äußerste beschnitten. Sie haben lediglich Vorschlagsrecht, die Entscheidungen liegen beim Vorstand. Vor einer Kündigung eines „Leitenden Angestellten“ z.B. ist der Ausschuß lediglich zu hören.

Einmal im Jahr treten die in die Ausschüsse Gewählten vor eine Versammlung aller „Leitenden Angestellten“. Die Versammlung hat ebenfalls schlichtes Vorschlagsrecht.

Mit der Installierung der Sprecherausschüsse hat BAYER, wie auch

andere Konzerne, bereits die Infrastruktur für das geschaffen, was von seiten der Industrie und von Mittelstandsvereinigungen gefordert wird: die gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse durch die Bundesregierung. Doch, so Dr. Appel, müßte dann der Begriff des „Leitenden“ präziser als bisher definiert werden. Gemeint sein dürfte mit dieser Forderung wohl der Wunsch der Industrie, den in § 5, Abs. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes beschriebenen Personenkreis der „Leitenden Angestellten“ auszuweiten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht in den Sprecherausschüssen keine ausreichende Vertretung der „Leitenden Angestellten“; vielmehr erschweren sie die allgemeine Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Siegfried Bleicher, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes im DGB, stellt dazu fest, daß es sich um das alte „Teile- und Herrsche-Konzept“ handelt, wodurch die „einheitliche Interessenvertretung in Betrieben und Verwaltungen geschwächt“ werde. △

Erziehungsurlaub von BAYER

Zwischen der BAYER AG und dem Betriebsrat des Werkes wurde am 1. April 1987 eine Vereinbarung „Familie und Beruf“ geschlossen. Sie verschafft jungen Müttern und Vätern die Möglichkeit, ihr Beschäftigungsverhältnis bis zu 3 Jahren auszusetzen. Haben sie mehr als ein Kind, so können sie bis zu 7 Jahren „Erziehungsurlaub“ in Anspruch nehmen.

Die BAYER AG gibt eine Wiedereinstellungs-Garantie, die allerdings mit Einschränkungen verbunden ist. Zwar wird dem Arbeitnehmer/der Arbeitnehmerin ein Arbeitsplatz entsprechend der bisherigen Qualifikation angeboten, aber die Arbeitszeit darf, das geht aus der Betriebsvereinbarung hervor, auf die Hälfte der tariflichen Regelarbeitszeit beschränkt werden.

Die Vereinbarung bezieht neben den verheirateten auch die ledigen Mütter und Väter ein. Doch gerade für Ledige stellt sich die Frage, wovon sie während der Inanspruchnahme des BAYER-Erziehungsurlaubes mit ihrem Kind leben sollen?

Überhaupt könnte, so meinen Kritiker, die neue Vereinbarung dazu dienen, die Hausarbeit wieder vermehrt in den Verantwortungsbereich der Frau zu legen. Denn, vor die Wahl gestellt, wer den Erziehungsurlaub nehmen soll, wird eine Familie sich wohl zumeist für die Frau entscheiden müssen, weil der Mann in der Regel immer noch mehr verdient.

Zudem ruhen für den Zeitraum der Berufspause die Sozialbeiträge. Somit

wird sich der BAYER-Erziehungsurlaub auch als Lücke in der Rente bemerkbar machen.

Daß die Betriebsvereinbarung damit insgesamt dem Konzern zugute kommt, machen die Erfahrungen, die man bei BASF in Ludwigshafen mit einem ähnlichen Programm gesammelt hat, deutlich. Peter Eisenlohr, dortiger Leiter des Funktionsbereiches Personal: „Die Wiedereinstellung beinhaltet letztlich die langfristige Sicherung eines Reservoirs erfahrener Mitarbeiter.“ Immerhin haben die Konzerne in die qualifizierte Ausbildung ihres Fachpersonals erheblich investiert. △

Kollegen falsch eingruppiert

Seit etlichen Jahren hat im Werk Eiberfeld ein interner Lohngruppen-Kurs stattgefunden, der Mitarbeitern, die keine Prüfung vor der „Industrie- und Handelskammer“ (IHK) abgelegt haben, das Wissen eines „Chemiefacharbeiters“ vermittelt. Nach dem Besuch dieses Kurses wurden die Kollegen entsprechend ihrer neuen Qualifikation höher eingruppiert.

Altem Anschein nach will die Eiberfelder Werksleitung diesen Kurs nun sterben lassen. Das jedenfalls fürchten viele der dort Beschäftigten. Kollegen, die sich zu diesem Kurs angemeldet hatten, wurden mit der Begründung abgelehnt, sie seien dafür nicht qualifiziert. Offensichtlich sind sie aber qualifiziert genug, Tätigkeiten, die der höheren Lohngruppe entsprechen, wie z.B. das selbständige Fahren von Anlagen oder Teilanlagen, auszuführen.

Die DKP-Betriebsgruppe resümiert: Man verweigere diesen Kollegen nicht nur die ihnen zustehende Entlohnung, sondern auch das durch eine Betriebsvereinbarung verbrieftete Recht, einen Kurs zur weiteren Qualifikation zu besuchen. △

Tarifvertrag über Teilzeitarbeit

Am 1. Juli 1987 trat der zwischen der IG Chemie-Papier-Keramik und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie abgeschlossene Tarifvertrag über Teilzeitarbeit in Kraft. Demnach muß dann von Teilzeitarbeit gesprochen werden, wenn im Durchschnitt von 6 Monaten pro Woche weniger als 40 Stunden gearbeitet wird. Mit dieser Regelung lassen sich alle möglichen Arbeitszeitverteilungen denken, und sie stellt somit eine gewerkschaftliche Zustimmung zur allgemein abgelehnten „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ dar.

Des weiteren stellt sich die Frage, ob Betriebsvereinbarungen über be-

lastungs-spezifische Arbeitszeitverminderungen bei der genannten Definition der Teilzeitarbeit noch möglich sind, ohne den Vollzeit-Status der betreffenden Beschäftigten zu beeinträchtigen.

Der Tarifvertrag regelt nur sehr unzureichend die sozialen Belange der Teilzeitbeschäftigten. Arbeiten diese weniger als 10 Stunden in der Woche bzw. 45 im Monat, entfällt beispielsweise die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Arbeiten sie weniger als 15 Wochenstunden, so entfällt die Sozialversicherungspflicht, wegen „geringfügiger Beschäftigung“.

Eine Sonderregelung für Berufsanfänger sieht vor, daß Auszubildenden Teilzeitarbeitsplätze dann bevorzugt angeboten werden sollen, wenn anderenfalls eine Übernahme nicht möglich sei. Spätestens nach einem Jahr möge der Arbeitgeber dann prüfen, ob ein geeigneter Vollzeit-Arbeitsplatz zur Verfügung stehe. Diese Regelung öffnet der sogenannten „kapazitäts-orientierten variablen Arbeitszeit“ und der Unternehmenswillkür Tür und Tor.

Von Teilzeitarbeit sind bis heute immer noch zumeist Frauen betroffen, die durch „familiäre Pflichten“ sowie mangels Kinderkrippenplätze an Vollzeitarbeit gehindert werden. 15 % aller Beschäftigten und ca. 30 % aller beschäftigten Frauen in der Bundesrepublik arbeiten in Teilzeit.

Der Tarifvertrag unterläuft die gesamt-gewerkschaftliche Forderung nach „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich“. Er unterstützt die unternehmerische Tendenz, im Zuge der Flexibilisierung der Arbeitszeit Teilzeitarbeit zu etablieren, ohne den Status der Betroffenen abzusichern. Diese vielmehr bleiben nicht selten industrielle Reservearmee.

Den Unternehmensinteressen hingegen kommt der Tarifvertrag weitgehend entgegen. Teilzeitarbeit, allemal wegen ihrer höheren Stundenproduktivität profitabler, dient dem Einsparen von Voll-Arbeitsplätzen. Sie entkonsolidiert die Belegschaft und macht sie damit gefügiger.

Der neue Tarifvertrag zementiert die bisherigen – traurigen – Verhältnisse. △

Kritik an Tarifabschluß

Mitte Juli 1987 einigten sich die IG Chemie und der Bundes-Arbeitgeberverband Chemie auf ein neues Tarifpapier. Es brachte u.a. Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,8 % für 1987, 2,5 % für 1988 und 2,0 % für 1989; Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde für alle Beschäftigten; 35-Stunden-Woche ab

1989 für 58-jährige, ab 1990 auch für 57-jährige.

Als wesentlicher Bestandteil der neuen Vereinbarung gilt die sogenannte Entgelt-Regelung. Diese soll „die traditionelle Trennung von Lohn- und Gehaltsempfängern aufheben“. Die IG Chemie und der Bundes-Arbeitgeberverband feiern deshalb ihren Vertrag als „Jahrhundertwerk“.

Bei den Beschäftigten in der Chemischen Industrie herrscht allerdings eher Ernüchterung oder gar Enttäuschung. Durch die neue Einstufung in Entgelt-Gruppen ändert sich nämlich für die meisten im gewerblichen Bereich Beschäftigten gar nichts. Für manche Bereiche sind sogar erhebliche Einbußen im Tarifgehalt zu erwarten. Durch die vertraglich festgelegte Besitzstandssicherung sind davon zwar die derzeit Beschäftigten nicht betroffen, jedoch alle neu Eingestellten.

Weiterer Kritikpunkt ist, daß die 35-Stunden-Woche nicht nur nicht durchgesetzt wurde, sondern durch diesen langfristigen Tarifabschluß nahezu auf das „nächste Jahrtausend“ verschoben wurde. Ab 1989 kommen lediglich die älteren Kollegen in den Genuß dieser längst überfälligen Regelung.

Fazit: Das erklärte Ziel des Tarifpaktes, Angleichung zwischen Arbeitern und Angestellten, wurde nicht erreicht. Auch weiterhin werden Kaufleute, Techniker und Meister unterschiedlich bezahlt. Kommt hinzu, daß die kündigung- und versicherungsrechtliche Unterscheidung zwischen Gewerblichen und Angestellten bestehen bleibt. Lohnerhöhungen wurden mit niedrigen Raten auf lange Zeit festgeschrieben und die 35-Stunden-Woche langfristig vertagt.

Die Arbeitgeber sprechen angesichts dieses „Jahrhundert-Vertrages“ mit freudiger Erregung von „zuverlässigen Kalkulationsmaßstäben“. Ist für sie doch für längere Zeit Tarif-Politik kein Thema mehr. △

Unfälle

CHLORKRESOL-Störfall – Verfahren eingestellt

Der Störfall vom 25. November 1986 im Uerdinger BAYER-Werk, bei dem nach Werksangaben 50 – 100 kg CHLORKRESOLE in den Rhein eingeleitet wurden, führte zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Am 24. Juli 1987 stellte die Krefelder Anklagebehörde das Verfahren ein. Ihr Sprecher, Karl-Heinz Wäscher, begründet diese

Multis



Lamuv TB 46, Originalausgabe, 14,80 DM
Über Bayer, Hoechst, BASF, Henkel, Wella, VW, Daimler-Benz, Siemens, Bosch, Nixdorf, Grundig, Mannesmann, Degussa, Freudenberg und Triumph



Lamuv TB 50, Originalausgabe, 16,80 DM
Die Schulden der Dritten Welt haben längst die Marke von 1000 Milliarden Dollar überschritten. Hauptverantwortlich für die Schuldenkrise: die transnationalen Banken. Welche Rolle die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank dabei spielen, untersucht das Buch »Geld für die Welt«.



Lamuv TB 42, Originalausgabe, 18,80 DM
»Die Streitschrift wird die Diskussion in Vorstandsetagen, Parteien und Seminaren sicherlich beleben.«
(E. Northoff in: Das Parlament)

Marcel Bühler/Leo Locher
Geschäfte mit der Armut
Pharma-Konzerne in der Dritten Welt
Lamuv TB 37, 16,80 DM

Lamuv Verlag

Marunstraße 5 · 5303 Bornheim 3

Entscheidung mit einem Gutachten des „Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft (STAWA)“. Demzufolge bewege sich die Konzentration des CHLORKRESOL-Gemisches innerhalb der erlaubten Grenzen des Einleiterbescheides des Regierungspräsidenten/Düsseldorf. Letzterer kommentiert: „Die Konzentration... hält sich... im obersten Bereich der Konzentrations-Bandbreite“.

Für BAYER ist der Störfall allemal nur eine Lappalie. Mathias Willig, Sprecher des Konzerns in Leverkusen: Damals habe „keine betriebliche Störung und keine Störung der Kläranlage“ vorgelegen. Es habe sich vielmehr um einen „ganz normalen Vorgang in der Schwankungsbreite Zu- und Ablauf“ gehandelt. „Es ist nicht mehr nachvollziehbar, was im einzelnen Schuld war. Möglicherweise hat ein Betrieb die Produktion umgestellt, da gibt es An- und Abfahr-Vorgänge, die Ursachen wissen weder unsere Leute noch die Staatsanwälte.“

Der Sprecher des Regierungspräsidenten/Düsseldorf, Johannes Winkel, beleuchtet die Gründe für die Einstellung des Verfahrens gegen BAYER. Diese liegen in der Deutung des gültigen Einleiterbescheides, der „keine Höchstwerte für CHLORKRESOL“ enthält. „Es läuft aber z.Zt. ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren, in dem Auflagen auch für CHLORKRESOL vorgesehen sind.“ Bislang noch, darin sind sich Staatsanwaltschaft, Regierungspräsident, das STAWA und nicht zuletzt BAYER einig, gilt für die Bewertung der CHLORKRESOL-Einleitung der Grenzwert für den chemischen

Sauerstoffbedarf (CSB). Hierbei handelt es sich um einen unspezifischen Summenparameter, der angibt, wieviel Sauerstoff die unterschiedlichsten Stoffe dem Wasser entziehen. Dieser Wert ist, so begründet die Krefelder Staatsanwaltschaft das Einstellungsverfahren, am 25.11.86 durch BAYER/Uerdingen nicht überschritten worden.

Die BAYER-Coordination ist der Meinung, daß nicht der Grenzwert für den chemischen Sauerstoffbedarf, sondern vielmehr der für chlororganische Verbindungen heranzuziehen ist, zu denen auch CHLORKRESOL gehört. △

Giftmüll

Klage wegen Verbrennungsanlage in Brunsbüttel abgelehnt

Die Verbrennungsanlage für Abwasser und Klärschwämme im BAYER-Werk Brunsbüttel gerät immer wieder in den Blickpunkt der öffentlichen Kritik (wir berichteten mehrfach).

Bereits im April 1987 haben die GRÜNEN des Kreisverbandes Steinburg Strafanzeige gegen BAYER erstattet.

Der Chemieriese ließ sich 1984 die Giftmüll-Verbrennungsanlage als Versuchsbetrieb vom Landrat des Kreises Dithmarschen genehmigen. Eine solche Erlaubnis laufe entsprechend den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nach einem Jahr ab, so die GRÜNEN. Dennoch gäbe es bisher keinen neuen Antrag, geschweige denn eine neue schriftliche Genehmigung.

Auch überschreite die Anlage die Dimension eines Versuchsbetriebes. Werden doch seit 1984 nicht nur firmeneigene Abfälle, sondern auch die fremder Unternehmen beseitigt, darunter beispielsweise PCB-haltige Öle, PENTACHLORPHENOL, pestizidhaltiges Abwasser, sowie DIOXINE. Alles hochgiftige Substanzen!

Die GRÜNEN sprechen von „illegaler Abwasserbeseitigung“.

Im September 1987 stellte die Staatsanwaltschaft Itzehoe das Ermittlungsverfahren gegen BAYER ein. Dabei bestritt sie die von den GRÜNEN genannten Sachverhalte nicht, sondern kam lediglich zu anderen rechtlichen Schlußfolgerungen.

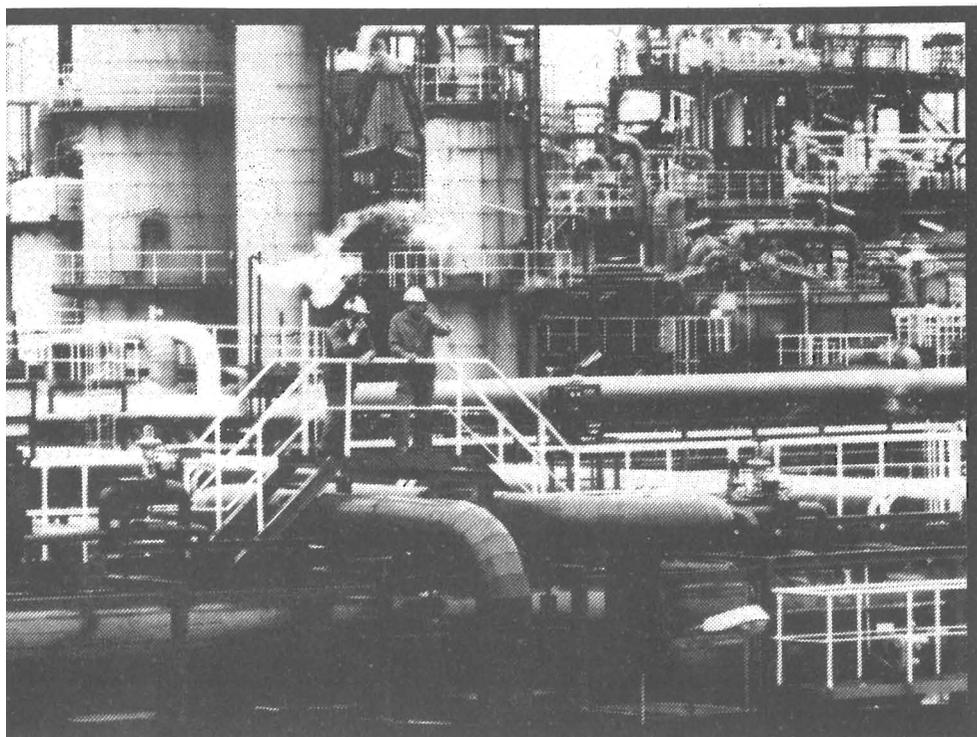
So stünde etwa die kommerzielle Nutzung einer Versuchsanlage mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz durchaus in Einklang, da BAYER „nur gegen Gebühr“, also „auf Kostenbasis“ arbeite.

Den Vorwurf der GRÜNEN, eine Verlängerung der Versuchsgenehmigung sei von BAYER nicht beantragt worden, wies die Staatsanwaltschaft zurück. Es läge dem Konzern eine Erlaubnis zum Betreiben der Anlage bis 1987 vor. Nach Bekanntwerden dieser Tatsache zogen die GRÜNEN den entsprechenden Teil der Anzeige wieder zurück.

Ob BAYER mit dieser Anlage tatsächlich die Umwelt vergiftet, konnte die Staatsanwaltschaft nicht klären. Wäre dies aber der Fall, so würde es sich lt. Staatsanwaltschaft nicht um eine Straftat, sondern lediglich um eine Ordnungswidrigkeit handeln, die durch die Gewerbeaufsicht in Itzehoe mit der Verhängung entsprechender Bußgelder geahndet werden könnte.

Der ganze Vorfall verdeutlicht eindrucksvoll die unheilige Allianz zwischen BAYER und den Behörden. Wie heißt es so schön im Ansiedlungsvertrag zwischen BAYER und der Landesregierung von Schleswig-Holstein: „Das Land wird BAYER bei den nach der Gewerbeordnung erforderlichen und sonstigen behördlichen Genehmigungen nachhaltig unterstützen“.

Einer BAYER-Mitteilung zufolge geht die Landesregierung davon aus, daß in der Verbrennungsanlage demnächst Abfälle aus dem ganzen Bundesgebiet entsorgt werden. △



BAYER-Werk Brunsbüttel

DGB zu Altlastensanierung

Im Jahr 1983 produzierte die Stadt Leverkusen und damit das BAYER-Werk 680.000 t Giftmüll. Im Vergleich dazu hatte die Stadt Berlin lediglich ein „Sonderabfall-Aufkommen“ von 50.000 t.

Einen besonderen Problembereich der Sonderabfall-Entsorgung stellen die „Altlasten“ dar. In der Bundesrepublik gibt es mindestens 50.000 Altlasten-Verdachtsflächen, von denen wiederum mindestens 15 % saniert werden müssen. Das Bundesumweltamt kalkuliert die hierfür anfallenden Kosten auf nicht unter 17 Mrd. DM.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert in einem Positionspapier einheitliche Bundes-Richtlinien, die eine konsequente und zügige Umsetzung der Altlastensanierung auf Landes-, Städte- und Gemeindeebene gewährleistet. Ein Altlastenkataster müsse systematisch und flächendeckend, für die Öffentlichkeit zugänglich, alle kontaminierten Standorte, einschließlich der Industrie-Altlasten, erfassen. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz für die im Bereich der Sanierung tätigen Arbeitnehmer sei durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten.

Das DGB-Papier stellt einen wichtigen Schritt in Richtung des Zieles „Altlastenbeseitigung“ dar, zumal es vom Verursacherprinzip ausgeht, einem Prinzip, das die Chemische Industrie und insbesondere BAYER konsequent ablehnen.

Die BAYER-Coordination fordert seit langem von der Chemischen Industrie die Einrichtung eines Altlasten-Sanierungsfonds. △



Tomaschoff

Gestank aus Chemiefässern – Kripo ermittelt

Anwohner eines Schrottplatzes an der Siegburger Straße in Köln-Deutz wurden im Mai 1987 durch einen stechenden Geruch belästigt. Nachforschungen der Feuerwehr brachten die Ursache ans Licht. Sie fanden auf dem

Gelände zwei leere, aber nicht gereinigte BAYER-Fässer, die verschrottet werden sollten.

Analysen ergaben, daß sie den giftigen Stoff DIMETYL-DISULFID enthielten. Daraufhin verboten Beamte der Gewerbeaufsicht die Entsorgung der Fässer. Stattdessen wurden sie am 12.05.87 an das BAYER-Werk/Leverkusen zurückgeschickt.

Die Kripo nahm die Ermittlungen wegen eines möglichen Umwelt-Delictes auf. △

Pestizide

Beschränkung für METHYL-PARATHION in USA

METHYL-PARATHION (MP) ist einer der Wirkstoffe, der in BAYER-Pestiziden enthalten ist. Chemisch gesehen handelt es sich hierbei um leicht modifiziertes E 605. Der Einsatz von MP ist in den USA bereits beschränkt.

Jetzt möchte die amerikanische Umweltbehörde (EPA) die Rückstandsvorschriften für MP in Lebensmitteln verschärfen. Denn, so heißt es bei EPA, der bislang gültige Wert sei „irgendwann in den 50ern“ festgelegt worden und entspreche nur „sehr wenig dem aktuellen“ Wissenschaftsstand. Die Bevölkerung sei in ständiger Vergiftungsgefahr.

In den USA werden jährlich 8,2 Mio. Tonnen METHYL-PARATHION produziert. Davon werden 96 % auf Feldfrüchte ausgebracht. Auf diese Weise

gelangt das Gift direkt in die Nahrungskette.

METHYL-PARATHION ist hochgiftig. Es wirkt sowohl mutagen als auch genotoxisch. Darüber hinaus wird eine krebserregende Wirkung vermutet.

Der z.Zt. gültige Rückstandswert erlaubt 800 % dessen, was anhand von toxikologischen Tierversuchen als maximale, täglich zumutbare Dosis (sog. ADI-Wert) ermittelt wurde. △

Wissenschaftler wegen NEMACUR-These behindert

Am 7. September wurde in Madrid der „Rapsöl-Prozess“ wieder aufgenommen. (Wir berichteten mehrfach). Dabei gab es immer noch keine Gewißheit über die Entstehung des sogenannten „toxischen Syndroms“, das über 600 Menschenleben forderte und weit über 25.000 z.T. schwere Behinderungen verursachte.

Die Wissenschaftler J.M. Ruiz und M.J. Clavera vertraten vor Gericht erneut die 1985 von dem unter dubiosen Umständen gestorbenen Dr. Muro entwickelte NEMACUR-These. Sie geht davon aus, daß das gleichnamige BAYER-Insektizid für die Massenvergiftungen verantwortlich ist.

Die NEMACUR-These hatte jedoch im Wissenschaftsstreit im Vorfeld des Prozesses keine Chance. Ihre Vertreter wurden nämlich von der offiziellen Untersuchungskommission ausgeschlossen.

Demgegenüber erhielt eine andere These größeres Gewicht. 21 ausländische Wissenschaftler, unter ihnen der berühmte britische Epidemiologe Richard Doll, äußerten den Verdacht, das gepanschte Öl sei aus Maschi-

BAYER-Anzeige verstößt gegen Pestizid-Code

Im November 1985 unterzeichneten 148 Mitgliedsländer der internationalen 'Food and Agriculture Organisation of the United Nations' (FAO) sowie der Internationale Verband der Pestizid-Industrie (GIFAP) eine internationale Übereinkunft über den Gebrauch und die Verbreitung von Pestiziden. In Artikel 11.1.8 wird festgestellt, daß „Aussagen zur Sicherheit, die Worte wie 'sicher', 'nicht giftig', 'harmlos', 'nichttoxisch' enthalten, nicht gemacht werden“.

Auf den Philippinen erschien eine BAYER-Anzeige, die gegen diese

Übereinkunft verstößt. Unter der Überschrift „Schutz der Ernte für Qualitätsgemüse“ wird festgestellt, daß „die umfangreiche Forschung bei BAYER das einzige Ziel hat, daß die BAYER-Chemikalien sicher und effektiv sind.“ Im Zusammenhang mit diesen „sicheren Chemikalien“ werden dann die BAYER-Pestizide TAMARON, GUSATHION und CUPRAVIT genannt.

Alle drei Pestizide sind gefährlich und giftig. Sie in der Werbung als „sicher und effektiv“ zu kennzeichnen, stellt einen klaren Verstoß gegen den FAO-Code dar. △

nenöl hergestellt. Die Wissenschaftler vermuteten jedoch vor Gericht, daß ein weiterer, bislang noch unbekannter Stoff für das „toxische Syndrom“ verantwortlich sei, bestritten aber, daß es sich hierbei um NEMACUR handeln könnte.

Das Urteil steht zwar noch aus, aber schon jetzt steht fest: Die NEMACUR-These hat keine faire Chance erhalten. Ihre Verfechter wurden – wiederholt – behindert.

Der BAYER-Konzern kommentiert den Prozeß mit der Behauptung, daß „NEMACUR ... eine derartige Krankheit nicht auslösen“ kann. Weiter, mit drohendem Unterton: „Die BAYER AG behält sich das Recht vor, gegen falsche Behauptungen vorzugehen, die wissenschaftlich nicht fundiert sind“.△

Da haben Sie unsere neue Superzüchtung...



...und damit bringen Sie sie durch!



Pharma

Apotheker für Re-Import

Noch bis vor kurzem wandten sich die deutschen Apotheker gegen aus dem Ausland re-importierte Originalpräparate deutscher Herkunft. Dies hat sich nun geändert. In einem „Sonderdruck“ der „Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände“ heißt es: „Die Apotheker schlagen vor, die Abgabe namensgleicher Import-Arzneimittel künftig zu fördern und erklären ihre Bereitschaft, hierüber mit den gesetz-

lichen Krankenkassen bundesweit Vereinbarungen zu treffen“.

Damit bröckelt die Preistreiber-Front, bestehend aus Apothekern und Pharma-Industrie. △

Heißer Draht zu Zahnärzten

BAYER organisiert „Fortbildung“ für Zahnärzte – als Hersteller von zahnmedizinischen Produkten – sicherlich nicht ganz uneigennützig.

Dr. B.W. Leusner, Geschäftsfeld-Gruppenleiter DENTAL im Sektor PH (PHARMA), begrüßte die etwa 500 angereisten Spitzenverdiener. Ihnen wurden zahnmedizinische Vorträge von Kapazitäten, wie Prof. Dr. U. Borchard (Uni Düsseldorf), Prof. Dr. R. Marxkors (Uni Münster) und Prof. Dr. T. Kerschbaum (Uni Köln), geboten.

Eingeladen hatten der Geschäftsbereich „Ethische Produkte Dental“, sowie die 100 %ige BAYER-Tochter BAYROPHARM. Hans Hermann Schulz von BAYER DENTAL hielt den Abschluß-Vortrag. △

Menschenversuche in Japan

Die Erprobung von Medikamenten an Menschen unterliegt in Japan weit- aus schärferen Bestimmungen als hierzulande. Wollen die Konzerne jedoch ihre Produkte in Fernost vermarkten, müssen sie deren „Unbedenklichkeit“ durch entsprechende Tests mit Einheimischen nachweisen.

Das Problem wird neuerdings so gelöst: In Japan angeworbene Versuchspersonen werden auf Kosten der Testfirma in die Bundesrepublik geflogen und hier getestet. Damit werden die japanischen Auflagen geschickt umgangen und durch die relativ unwirksamen Regelungen bei uns ersetzt. Den Versuchspersonen dürfte dieses enorme Risiko für ihre Gesundheit nicht klar sein. Sie werden durch den günstigen Europa-Trip getäuscht.

Unklar ist, ob auch BAYER in solche Praktiken verwickelt ist. Immerhin will der Konzern in Japan verstärkt mit seinen Medikamenten auf den Markt. △

Menschenversuche bei BAYER

Wohl in keinem anderen westlichen Land sind Menschenversuche so problemlos durchzuführen wie in der Bundesrepublik. Zwar sind sogenannte „Ethik-Kommissionen“ vorgeschrieben, die Tests aber nicht einmal genehmigungspflichtig. Sie werden lediglich

von den zuständigen Regierungspräsidenten registriert.

In der Bundesrepublik werden nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums pro Jahr für etwa 500 Medikamente schätzungsweise ca. 30.000 „Humanexperimente“ betrieben.

Beim Pharma-Forschungszentrum der Firma BAYER in Wuppertal werden jährlich 35 Studien mit ca. 300 Probanden durchgeführt. Pro Medikament werden 60 – 80 Versuchspersonen benötigt. „BAYER läßt zu diesen Experimenten ausschließlich Firmenmitglieder zu“, sagt der Leiter der Menschenversuche, Professor Jochen Kuhlmann. Denn nur so könne man sicher sein, daß die Probanden auch wirklich gesund sind. Sie seien zudem „zuverlässiger und schluckten die ihnen verabreichten Medikamente auch tatsächlich“.

Jeder Proband des Konzerns darf jährlich an maximal zwei Versuchen teilnehmen. Für die Dauer des Experimentes wird er von der Arbeit freigestellt. Zusätzlich erhält er eine „Aufwandsentschädigung“, die, gemessen am Durchschnittslohn, durchaus lukrativ sein kann, aber verglichen mit den Gesamtentwicklungskosten eines Medikamentes völlig zu vernachlässigen ist: Für eine Spritze unter die Haut gibt es z.B. DM 10,-; für das Schlucken einer Magensonde gar DM 450,-. Pro Studie erhält der Proband auf diese Weise zwischen DM 600,- und DM 1.500,-. Die Menschenversuche bei BAYER seien völlig ungefährlich. Unverträglichkeiten seien bei einer kleinen Dosis „immer behebbbar“, beteuert Professor Kuhlmann. Die Probanden stünden unter ständiger ärztlicher Kontrolle. Diese Ärzte aber sind bei BAYER angestellt.

Ganz anderer Experimentier-Methoden bedienen sich kommerzielle Institute, von denen anzunehmen ist, daß auch BAYER sie mitunter beauftragt. Sie werben ihre Probanden hauptsächlich unter der Studentenschaft und Sozialhilfeempfängern an. △

Forschung für BAYER

Die Schlacht um das Herz-Kreislauf-Therapeutikum ADALAT tobt weiter. Nachdem seit Auslaufen der Patentschutzfrist Nachahmerfirmen mit erheblich günstigeren und qualitativ gleichwertigen Produkten auf den Markt kamen, ist BAYER um seinen Absatz besorgt.

Um aus dieser Misere herauszukommen, bedienen sich die Konzern-Forscher eines Tricks: Sie geben den ADALAT-Wirkstoff NIFEDIPIN in einer unwesentlich veränderten Synthetisie-

rung heraus und preisen das somit neu entstandene Medikament als bahnbrechende Weiterentwicklung an. In diesem Zusammenhang berichteten wir bereits über die Präparate BAYOTENSIN und ADALAT T (vergl. „Stichwort: BAYER“ 5/6 1986), die sogar erheblich teurer als das Ursprungsmedikament angeboten werden.

Eine weitere sogenannte „Neuentwicklung“ stellt eine Zweiphasen-Tablette, bestehend aus einer schnell und einer langsam wirkenden Komponente, dar. Sie wird im Handel unter dem Namen ADALAT SL angeboten.

Um die Qualität von ADALAT SL unter Beweis zu stellen, wahrscheinlich aber vor allem, um einen werbeträchtigen wissenschaftlichen, scheinbar unabhängigen Background vorweisen zu können, beauftragte BAYER ein Wissenschaftler-Team verschiedener Institute der Universität in München mit einer Untersuchung. Insgesamt 21 Patienten mit nachgewiesener sogenannter „koronarer Herzerkrankung“ (KHK) wurde das Medikament verabreicht.

„Lediglich bei 7 Patienten konnte keine wertbare Änderung der (Herz-)Pumpfunktion nachgewiesen werden“, so die für BAYER positive Quintessenz aus der Originalarbeit.

Eine Aussage darüber, inwieweit ADALAT SL Vorteile gegenüber dem herkömmlichen ADALAT oder etwa dem langsam und somit ähnlich wirkenden ADALAT RETARD bringt, enthält der Münchener „Forschungs-Beitrag“ nicht. △

Pharma-Industrie gegen Re-Import

Die Bundesrepublik ist zur Freude der Pharma-Konzerne das Land mit den teuersten Medikamenten der Welt. Die Patienten, der Steuerzahler und die Krankenkassen müssen „die Zeche zahlen“.

Würden allerdings alleine die 500 umsatzstärksten Präparate der BRD durch aus dem Ausland re-importierte Produkte des gleichen Herstellers ersetzt werden, könnten die Krankenkassen jährlich mindestens 2 Mrd. DM einsparen. In Frankreich kostet z.B. das von BAYER hergestellte Herz-Kreislauf-Medikament ADALAT mehr als 30 % weniger.

Nachdem der Bundesgerichtshof unlängst entschieden hat, daß re-importierte Präparate auf dem deutschen Markt angeboten werden dürfen (vergl. „Stichwort: BAYER“ 1/2 1987, Seite 17), versuchen die Pharma-Konzerne mit üblen Tricks, dies zu verhindern. Der BAYER-Konzern beispielsweise änderte die Bezeichnung für ADALAT im Nachbarland Frankreich geringfügig, indem er ganz einfach ein „e“ an die Produktbezeichnung anhängte. Damit wird suggeriert, daß sich das deutsche ADALAT von dem französischen qualitativ unterscheidet.

IMPLETOL lebensgefährlich

Das BAYER-Präparat IMPLETOL (Wirkstoffe: PROKAIN und KOFFEIN), das bei Erkrankungen des rheumatischen Formenkreises, bei Schmerzen und peripheren Durchblutungsstörungen (vor allem in den Beinen) verwandt wird, kann zu lebensbedrohlichen Komplikationen führen.

So wurden dem „Netzwerk der gegenseitigen Informationen“ der Zeitschrift 'Arzneitelegamm' vier Fälle von unerwünschten Nebenwirkungen nach IMPLETOL-Injektion gemeldet. Diese reichen von Symptomen, wie Doppelbildsehen, Verwirrheitszuständen, Benommenheit, Übelkeit bis hin zu Atemstillstand. Zwei Patienten mußten kurz nach der IMPLETOL-Behandlung

wiederbelebt werden. Im Falle eines 54-jährigen Patienten konnte dies nicht ohne bleibenden Defekt erfolgen. Das 'Arzneitelegamm' weist darauf hin, daß im Rahmen einer PROKAIN-Behandlung sogar etliche Todesfälle dokumentiert sind.

IMPLETOL ist zwar apotheken- aber nicht verschreibungspflichtig. Es wird daher nicht nur von Ärzten, sondern auch von Heilpraktikern angewandt. Noch gefährlicher hingegen ist die mögliche Eigenbehandlung mit IMPLETOL im Rahmen einer sog. Selbstmedikation. Wenn schon für Mediziner die Risiken nicht absehbar scheinen, dann für unerfahrene Selbstanwender allemal nicht. △

Daß diese Verwirrungsstrategie mitunter erfolgreich ist, beweist ein Beispiel aus Bayern. Der Verkauf eines aus Frankreich re-importierten Krebsmittels mit dem Namen BLEOMYCINE wurde mit der Begründung untersagt, daß es sich dabei nicht um das Original-Präparat handele. Dieses nämlich heiße BLEOMYCIN, ohne „e“, meinten die Kontrollbehörden. △

schlechthin. Da es nicht nur als Infusionslösung, sondern auch als Tablette auf dem Markt erhältlich ist, läßt es sich problemlos in den Praxen niedergelassener Ärzte etablieren. △

74 % aller BAYER-Medikamente unwichtig

74 % aller BAYER-Medikamente unwichtig

Von den insgesamt 95 Medikamenten, die von BAYER in der Dritten Welt verkauft werden, werden von der WHO 74 % als „nicht essentiell wichtig“ eingestuft.

Etwa ein Drittel dieser Pharma-Exportartikel sind dabei bezeichnenderweise auf dem deutschen Markt nicht bzw. nicht mehr erhältlich!

Die BAYER-Coordination fordert schon seit Jahren, daß die Konzerne verpflichtet werden, ihre bislang aggressive Werbung für unsinnige und zumeist teure Pharmaka auf die Produkte zu beschränken, die von der WHO empfohlen werden.

Wir begrüßen das von der Regierung Bangladesch's bereits vor vielen Jahren verfügte Einfuhrverbot für alle von der WHO als „nicht essentiell“ eingestufte Medikamente. Gerade auch der BAYER-Konzern opponiert ständig gegen dieses vernünftige Handeln Bangladesch's. △

Risiken durch CIPROBAY

Der BAYER-Konzern wartet derzeit mit einer groß angelegten Vermarktungsstrategie für sein neues Antibiotikum CIPROBAY auf. Er ist allerdings wegen irreführender Werbung für dieses neue Medikament auf den Philippinen bereits ins Gerede gekommen (vergl. „Stichwort: BAYER“ 3/87).

Darüber hinaus gibt es mittlerweile begründete pharmakologisch-medizinische Bedenken gegen CIPROBAY. Das Berliner „arznei telegramm“ meldet schwere Nebenwirkungen, wie Angst, Psychosen, Nierenversagen, Blutgerinnungsstörungen, Schock, Schädigung des Gefäßsystems, Schädigung des Gelenknorpels bei Kindern u.a..

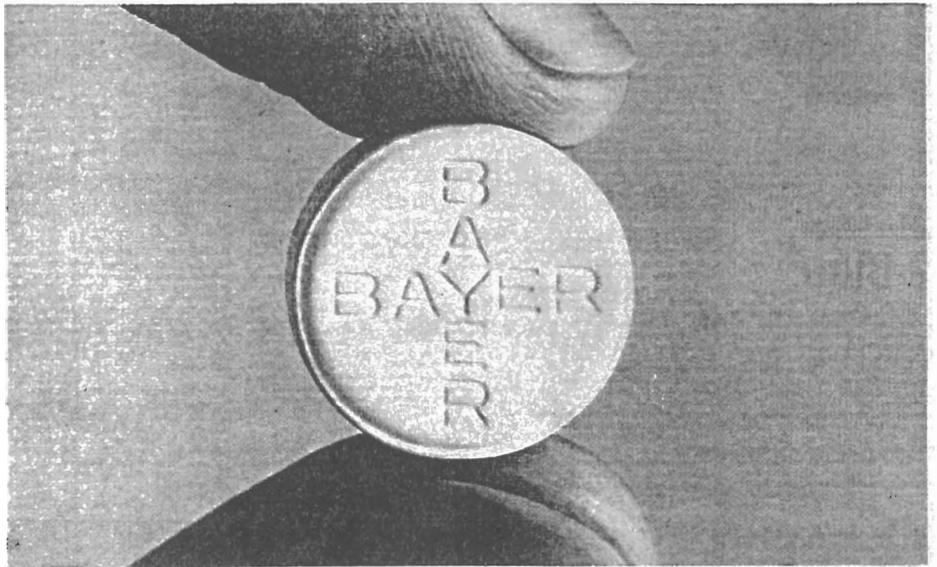
Ungeachtet dessen führt BAYER sein Verkaufskonzept unbeirrt fort. Die Empfehlung des „arznei telegramms“, die Anwendung von CIPROBAY auf den Klinikbereich zu beschränken, wird in den Wind geschlagen. CIPROBAY ist, so suggeriert BAYER das Antibiotikum

Forschung ohne Ethik

Unverhohlener kann man es kaum ausdrücken. Der „geschäftliche Erfolg“ entscheidet über die Inhalte der Arzneimittel-Forschung. Bereiche, die nicht profitabel erscheinen, werden

nicht zum Gegenstand der Forschung gemacht, weder in der Sparte der Pharmaka noch bei Chemiewerkstoffen, Farben, Fasern, Pestiziden oder bei der Fototechnik; auch dann nicht, so scheint es, wenn ein gesamt-gesellschaftlicher, aber schlecht versilberungsfähiger Nutzen vorläge.

Profit also ist der Maßstab wissenschaftlichen Strebens bei BAYER. So liest sich eine in vielen Tageszeitungen geschaltete Anzeige des Konzerns, deren eigentliche Intention auf die Rechtfertigung der umstrittenen Preispolitik bei Medikamenten bzw. auf Diskreditierung sogenannter Nachahmer-Produkte hinausläuft. Schließlich, so die Anzeige, „hat alles seinen Preis. Die BAYER-Forscher können nur erfolgreich weiterarbeiten, wenn die finanzielle Basis gesund bleibt.“ Δ



Eine gesunde Basis für teure Arzneimittelforschung: Der geschäftliche Erfolg.

EDRUL vom Markt genommen

Es sollte das ganz große Geschäft werden. In der BAYER-Tochterfirma AGFA GEVAERT im belgischen Mortsel wurde von Chemikern der Fotobranche quasi als Abfallprodukt der Stoff MUZOLIMIN entdeckt, der von den Pharma-Kollegen im Mutterwerk als Sensation aufgenommen wurde. Aufgrund seiner ähnlichen chemischen Struktur zu bereits vorhandenen Medikamenten (Diuretika).

Bereits im Herbst 1979 sagten Marketing-Experten des Konzerns für MUZOLIMIN „eine weltweite theoretische Marktlücke nach den nächsten zwei Jahren von 200 Mio. DM“ voraus. In einem internen Strategiepapier wird festgelegt, daß das Werbebudget in Deutschland im ersten Jahr nicht unter 5 Mio. DM liegen soll. Das neue Produkt „aus der BAYER-Forschung“ erhielt den Namen EDRUL.

Eine schnelle Vermarktung scheiterte aber 1980 am Spruch des Bundesgesundheitsministeriums in Berlin. Bereits damals waren im Tierversuch bei Hunden schwere Nierenschäden aufgetreten.

Trotzdem wurde EDRUL im April 1985 in der Bundesrepublik zugelassen. Der Vertrieb wurde der Firma ZYMA, einer Tochter von CIBA GEIGY, anvertraut.

EDRUL ist ein harntreibendes Medikament und wurde deshalb bei Nierenerkrankungen, aber darüber hinaus bei Wasseransammlungen, z.B. in den Beinen (Ödeme), bei mangelnder Leistung des Herzmuskels (Herzinsuffizienz), aber vor allem bei Bluthochdruck angewandt. Es sollte, entsprechend der Marketing-Strategie, vor allem in den Praxen der niedergelassenen Ärzte verschrieben werden,

Ein Pharma-Unternehmen, das finanziell kränkelt, kann wenig für unser aller Gesundheit tun. Denn erst der geschäftliche Erfolg macht die teure Forschung für neue Arzneimittel möglich.

Eine kleine Tablette, die vielen Menschen helfen kann, ist sehr viel mehr wert als das Pulver, aus dem sie besteht. In ihr steckt großes Wissen, das in intensiver Forschungsarbeit erworben wurde. Mit einem finanziellen Aufwand, der pro zugelassenem Medikament bis zu 250 Millionen Mark erreicht.

Von der Entdeckung einer neuen Substanz bis zur Zulassung des Pharma-Produktes ist es ein langer Weg. Aber auch wenn das Medikament Arzt und Patienten zur Verfügung steht, geht die Forschung weiter: Tests für weitere Indikationen, Aufzeichnungen der Nebenwirkungen, neue wissenschaftliche Untersuchungen.

Das alles hat seinen Preis. Die Bayer-Forscher können nur erfolgreich weiterarbeiten, wenn die finanzielle Basis gesund bleibt. Das gilt auch für die anderen Produktbereiche auf den Märkten der Welt: seien es Chemiewerkstoffe, Farben, Fasern, Pflanzenschutzmittel oder Phototechnik.

DATEN ZUM KONZERN-GESCHÄFT

1987 in den ersten sechs Monaten verringerte sich der Umsatz Bayer-Konzern, um wesentlichen währungsbedingt, um 6,8 Prozent auf 19,102 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern stieg um 4,9 Prozent auf 1,552 Milliarden DM.

Der Umsatz der Bayer AG verringerte sich um 4,8 Prozent auf 8,656 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern erreichte mit einem Zuwachs von 5,5 Prozent 870 Millionen DM.

1988 Umsatz Bayer-Welt 40,749 Milliarden DM. Anteil des Auslandsgeschäfts 79 Prozent.

Umsatz Bayer AG 16,774 Milliarden DM. Exportquote 66,1 Prozent.

Investitionen in Sachanlagen Bayer-Welt 2,373 Milliarden DM, davon 1,411 Milliarden DM in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsaufwand Bayer-Welt 2,074 Milliarden DM, davon in der Bayer AG 1,176 Milliarden DM.

Gewinn nach Steuern Bayer-Welt 1,491 Milliarden DM Bayer AG 839 Millionen DM.

Dividende für 1986 10,- DM je Aktie im Nennwert von 50,- DM

Ausschüttungssumme 589 Millionen DM auf ein Grundkapital von 2,946 Milliarden DM für rund 320.000 Aktionäre.

Sollten Sie weitere Informationen über Bayer wünschen, wenden Sie sich bitte an Bayer AG, Konzernverwaltung Öffentlichkeitsarbeit, 5090 Leverkusen.

Bayer Aktiengesellschaft, Leverkusen



zumal klinische Untersuchungen für spezifische Indikationen nicht erfolgten. Es sollte ein Alltagspräparat werden. Um EDRUL für den Alltag in der Praxis zu profilieren, bedienten sich BAYER bzw. ZYMA z.B. des Vorsitzenden des Verbandes der Praktischen Ärzte, Dr. Klaus Dieter Kossow. Ihn ließen die Firmen ein Symposium, das sogenannte „Bremer Gespräch“ organisieren, auf dem die Werbetrommel für EDRUL geschlagen wurde. Darüber hinaus gab es Kongresse in Wiesbaden und Paris. Man bediente sich des ganzen Repertoires an werbetechnischen Mitteln mit dem Erfolg, daß in 1986 auf EDRUL ein Umsatz von 13 Mio. DM entfiel.

Was heute an Nebenwirkungen eindeutig auf EDRUL zurückzuführen ist, war bereits 1986 von mehreren Ärzten als Verdacht gemeldet worden: Essener Dialyse-Ärzte, das Berliner 'Arzneitelegramm' u.a. melden Symptome wie Schmerzen in den Beinen, Brennen, Krabbeln, Gangstörungen, Lähmungen beider Beine, Spastiken, ein Querschnittsyndrom. Alle diese z.T.

schwersten Nebenwirkungen sind nach dem derzeitigen Wissensstand nicht reversibel, also bleibend.

Das 'Arzneitelegramm' weist auf die pharmatfreundliche Haltung des Bundesgesundheitsamtes im 'EDRUL-Skandal' hin: „Das Amt verzögert schuldhaft Maßnahmen zur Risikoabwehr, denn Hinweise auf Nebenwirkungen hat es bereits im Dezember 1986 gegeben“. Weiter: „Wir denken, daß dies personelle Konsequenzen haben sollte.“

Der Firma BAYER sind die ersten Zwischenfälle aller Wahrscheinlichkeit nach bereits seit Mitte 1986 bekannt,

Siehe da: Herz, Hochdruck und Ödeme.



Werbung für Edrul

ohne daß Konsequenzen gezogen wurden. Dies geschah erst unter dem Druck der Ereignisse und der sich häufenden Negativmeldungen: „Schäden, wie durch CONTERGAN“, meldeten viele Tageszeitungen.

Das Bundesgesundheitsministerium äußerte, allerdings viel zu spät, wie Dr. Moebius vom 'Arzneitelegramm' feststellte, den „begründeten Verdacht auf medizinisch nicht vertretbare Risiken“.

Offensichtlich, um einem Verbot zuvor zu kommen, nahmen BAYER und ZYMA das gefährliche Produkt am 01. Juli 1987 „freiwillig“ vom Markt.

Dabei wurde in den Werbeprospekten EDRUL als nahezu nebenwirkungsfrei angepriesen. Wenn Nebenwirkungen überhaupt auftreten, dann seien sie „zumeist leichter Natur“, „immer reversibel“ und noch in „hohen Dosen“ leicht tolerierbar.

Das Gegenteil ist der Fall.

Wenn von 12 behandelten Patienten bereits bei 8 von ihnen irreversible Schäden auftreten, dann stellt sich die Frage, von welcher Qualität die Studien gewesen sein mögen, die BAYER dem Bundesgesundheitsamt zur Zulassung von EDRUL eingereicht hat.

Noch ist nicht klar, wieviele Patienten geschädigt wurden. Die Dialyse-Mediziner aus Essen vermuten, daß die schweren Nebenwirkungen, die bei anderen auf dem Markt befindlichen Diuretika „ganz ungewöhnlich und bisher unbekannt sind“, gerade deshalb im Zusammenhang von EDRUL noch „bisher meist nicht erkannt worden sind“.

Bleibt abzuwarten, wie BAYER auf die ausstehenden Schadensersatzansprüche reagieren wird.

In jedem Fall ist den Betroffenen *medizinisch* nicht mehr zu helfen! △

Tierversuche

Trauriger Rekord

Nach eigenen Angaben hat BAYER „in den letzten 17 Jahren“ die Anzahl der Tierversuche „um mehr als 65 % gesenkt“. Dies mag einer der Gründe dafür sein, daß sich der sogenannte „Tierschutzbeauftragte“ der BAYER AG, der Zoologe Günter Meister, als „Tierschützer“ fühlt.

Nach seinen Angaben wurden im Jahr 1986 insgesamt 443.849 Wirbeltiere „verbraucht“. Das sind pro Arbeitstag also mind. 2.000 Stück. Dabei lassen die Angaben Meisters offen, ob

seine Zahl sich auf den „Verbrauch“ bei BAYER weltweit, bei BAYER in der Bundesrepublik oder lediglich auf den im „Pharma-Forschungs-Zentrum“ von BAYER in Wuppertal bezieht. Ist der „Verbrauch“ in Japan, wo BAYER über

veterinär-medizinische Forschungskapazitäten verfügt, mit eingerechnet?

Das Selbstlob von BAYER ist dazu angetan, zum Eigentor zu werden. Es ist die, wenn auch unpräzise, Selbstdarstellung eines traurigen Rekordes. △

Tarnorganisation

Immer wieder muß sich die Pharma-Industrie mit Image-Fragen beschäftigen. Nicht zuletzt wegen ihrer grausamen Tierversuchs-Praxis hat das Ansehen dieses Industriezweiges erheblich gelitten. Im Kurzprotokoll einer Mitgliederversammlung des Landesverbandes NRW des 'Bundes der Pharmazeutischen Industrie' (BPI) vom 24. April 1986 liest sich das so: „Nur noch 44 % der Bevölkerung attestieren der Pharma-Industrie einen guten Ruf.“

Um nun dieses ausgesprochen schlechte Image aufzupolieren, ohne dabei Abstriche an der Tierversuchs-Praxis machen zu müssen, bedienen sich BAYER und andere Pharma-Firmen nach Ansicht der 'Tierversuchsgegner e.V.' und des 'Deutschen Tierschutz-Bundes' ausgesprochen perfider Methoden. Der Verein 'Tierschutz und Umwelt e.V.' sei nach Meinung der Tierschutz-Organisationen eine „Tarnorganisation der Pharma-Industrie und anderer von Tierversuchen profitierender Wirtschaftszweige“. Dieser neue Verein mit dem klangvollen Namen ist seit seiner Gründung „beliebter Gesprächspartner“ der Pharma-Industrie.

In den BAYER-Zeitungen liest sich das dann so: „In Köln setzen sich Wissenschaftler und Tierschützer an einen Tisch. Tierversuche: diskutieren statt polemisieren.“ (Unser Werk 4/87.)

Die Tierversuchs-Gegner weisen nach, daß führende Mitglieder des Vereins, z.B. Dieter Kuhn, Dr. U. Hackenberg oder Prof. Dr. L. Herberg, selbst seit vielen Jahren beruflich mit Tierversuchen befaßt sind. Der Zweck des seltsamen Vereins liegt nach Meinung der Tierschutz-Organisationen nicht darin, Tiere zu retten, sondern vielmehr die Tierversuchs-Praxis reibungsloser zu gestalten. Konsequente Tierversuchs-Gegner werden als „polemisierende Extremisten“ diffamiert, der neue Verein wird als „sachlicher Gesprächspartner“ profiliert.

Weiterer Zweck des Tarnvereins ist, seine Mitglieder als offizielle Vertreter der Tierschutzseite in die Ethik-Kommissionen der Regierungspräsidenten zu entsenden. So könnten dort kritische Tierversuchs-Gegner zurückgedrängt und der Einfluß der Industrie gewährleistet werden. △

Standorte

Rationalisierung bei Keramik-Beschichtungen

BAYER ist ein international erfolgreicher Hersteller von keramischen Werkstoffen und verfügt über Produktionsanlagen in Italien, Spanien, Großbritannien, Mexiko, Belgien und den USA. Den Werken eines jeden Landes waren bisher die jeweiligen Labors für Produkt- und Verfahrensentwicklung angegliedert. Mit der Einrichtung eines 1.000 qm großen Labor-Technikums im italienischen Spezzano durch die BAYER ITALIA S.p.A. wurden im Mai 1987 die Tätigkeiten der einzelnen Labors zentral zusammengefaßt.

Denn, so heißt es bei BAYER, „die Anforderungen an Keramik- und Email-Artikel“ sind „inzwischen überall die gleichen“, „die Herstellungsverfahren weltweit einander... ähnlich“. Das neue Labor soll insbesondere „neue Produkte für die Oberflächenbeschichtung keramischer Werkstoffe entwickeln“. △

Imperium

Expansion in Moskau

Der sowjetischen Nachrichten-Agentur TASS zufolge verhandeln mehr als 30 westdeutsche Firmen mit sowjetischen Unternehmen über die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen, sogenannten „Joint Ventures“.

BAYER ist dabei. Geplant ist der Bau einer Pflanzenschutzmittel-Fabrik.

25 Jahre in Thailand

Am 01. April 1987 feierte BAYER sein 25-jähriges Bestehen im thailändischen Bangkok.

BAYER THAI beschäftigt etwa 700 Mitarbeiter, die einestils in der Geschäftsstelle in Bangkok und anderenteils in der Produktion in Phra Pradaeng arbeiten.

BAYER vertreibt auf dem thailändischen Markt etwa 3.000 Produkte.

Geschäftsführer von BAYER THAI ist Arnulf Bothmer. △

Investitionen in Spanien

Die Konzernmutter in Leverkusen wird in 1987 ca. 35 Mio. DM in ihre 13 spanischen Werke investieren. Etwa die Hälfte davon entfällt auf die Erweiterung des Werkes BAYER HISPANIA INDUSTRIAL Tarragona, wo die POLYURETHAN-Produktion verdoppelt werden soll. Dort soll zudem das Kraftwerk von Heizöl auf Erdgas umgestellt werden.

Bei CHEMICA PHARMACEUTICA BAYER, der spanischen Pharma-Tochter, die vor allem ASPIRIN produziert, beträgt die Investition ca. 4,9 Mio. DM. Damit sollen die Anlagen in Barcelona und La Felguera modernisiert, sowie der Vertrieb kosmetischer und pharmazeutischer Artikel verstärkt werden.

Gleichzeitig mit dem Ausbau in Spanien werden in der Bundesrepublik bestimmte Kapazitäten abgebaut. So soll beispielsweise die ASPIRIN-Produktion ins „kostengünstige“ Spanien verlagert werden.

Bei den BAYER-Töchtern AGFA GEVAERT S.A. und MANUFACTURAS FOTOGRAFICAS ESPANOLAS (MAFE) in Barcelona und Aranjuez werden ca. 5,0 Mio. DM investiert. △

Ökonomie

Ergebnisse bei MILES und MOBAY/USA 1986

Die US-amerikanische BAYER-Tochter MILES legte in 1986 4 % zu und steigerte ihren Umsatz auf 1,23 Mrd. US-\$. MOBAY erzielte – vor allem wegen der Transferierung des lukrativen Bereiches „Tiergesundheit“ durch MILES an MOBAY – eine überdurchschnittliche Umsatzsteigerung um 7 %.

Die Erlöse dieser BAYER-Tochter betragen 1,71 Mrd. US-\$.

Die Reingewinne der beiden Firmen wuchsen – im Unterschied zum Gesamt-US-Ergebnis (gesunkene Ge-

winne nach Steuern um 3 %, siehe „Stichwort: BAYER“ 1/2 1987) – bei MILES um 8 % auf 83,4 Mio. US-\$ und bei MOBAY um sage und schreibe 44 % auf 29 Mio. US-\$ an. △

BAYER in USA hoch eingestuft

Ausdruck des verstärkten Engagements des BAYER-Konzerns in den USA ist die aktuelle Einstufung des Konzerns durch das amerikanische Wirtschafts-Magazin 'Fortune': Unter den 500 umsatzstärksten Industrie-Unternehmen des Landes nimmt BAYER INC. Pittsburgh (Umsatz 3,4 Mrd. US-\$) im Jahr 1986 immerhin Platz 117 ein.

Dabei sind die Umsätze der 100%igen Töchter AGFA GEVAERT INC. und COMPUGRAPHIC CORP. noch nicht einmal berücksichtigt.

Unter den bei 'Fortune' genannten 44 Chemie-Unternehmen nimmt BAYER INC. den 9. Platz ein.

Bei den 30 „Neulingen“ liegt die US-Niederlassung sogar an der Spitze. △

Interesse an Kosmos-Labor

Der Weltumsatz an Materialien, die unter verminderter Schwerkraft in Laboratorien im All hergestellt werden, wird im Jahr 2000 etwa 17 Mrd. \$ betragen. Insbesondere sollen die pharmazeutischen Produkte, Metalle und Legierungen, Kristalle, sowie Gläser und Keramiken, hergestellt werden. Auch BAYER ist natürlich daran interessiert, ein möglichst großes Stück vom Weltraum-Kuchen zu erhalten. Doch jammert der Konzern über die notwendigen finanziellen Aufwendungen. Vorstandsmitglied Karl Heinz Büchel: „Ein Labortag in der Chemischen Industrie kostet durchschnittlich DM 2.000,-, ein Tag im Weltraumlabor aufgrund der hohen Transportkosten ca. 20 Mio. DM“.

Jetzt haben einige BRD-Konzerne in Zusammenarbeit mit der TH Aachen das Projekt OSIRIS gestartet. Es soll erforscht werden, wie unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit bessere Werkstoffe produziert werden können. Den größten Teil der Kosten (6 Mrd. DM für 3 Jahre) zahlt allerdings der Steuerzahler über das Bundesministerium für Forschung und Technologie.

Daß BAYER sich, wie Karl Heinz Büchel anzudeuten bemüht ist, von dem Weltraumprojekt fernhalten wird, ist angesichts der zu erwartenden Profite unwahrscheinlich. Es scheint vielmehr, als nähme der Konzern zunächst

eine abwartende Haltung ein, um vor eigenen Investitionen auszuloten, ob nicht der Staat und damit der Steuerzahler einen noch größeren Anteil an den entstehenden Kosten übernehmen kann. △

Bilanz von HAARMANN & REIMER

Die 1874 gegründete und seit 1953 100 %ig zum BAYER-Konzern gehörende HAARMANN & REIMER GMBH in Holzminden, weltweit führende Hersteller von Geruchs- und Geschmacksstoffen, legte die Bilanz für 1986 vor.

Demnach erwirtschafteten die ca. 1.300 Mitarbeiter dieser BAYER-Tochter einen Umsatz von 380,8 Mio. DM, gegenüber 383,4 Mio. DM im Vorjahr. Der Umsatz der Gruppe belief sich auf 580 Mio. DM gegenüber 604 Mio. DM im Vorjahr. Der Jahresüberschuß verringerte sich von 21,8 Mio. DM in 1985 auf 17,2 Mio. DM.

HAARMANN & REIMER investierten im Geschäftsjahr 1986 15,8 Mio. DM. Dem standen Abschreibungen in Höhe von 12 Mio. gegenüber.

Für das Jahr 1987 rechnet die Firma mit ähnlichen Ergebnissen wie für das Berichtsjahr. △

Propaganda

Video-Werbung von BAYER

Die öffentliche Kritik an der Chemie-Industrie und insbesondere auch am BAYER-Konzern geht auch an der Belegschaft nicht vorbei. Dies wird zumindest einer der Gründe sein, warum der Konzern seit neuestem brillante, zum Teil schon etwas ältere Filme auf bisher 5 Video-Kassetten der Belegschaft zur Ausleihe kostenlos anbietet.

Behandelt werden die Themen: „Neue Produkte“, „Umweltschutz“, „Forschung“ und „Einzelne Geschäftsbereiche“. Die Inhalte greifen wissenschaftlich-technisches Interesse vieler Kollegen auf. Das Anschauen der Filme ist oft spannende Unterhaltung, findet man doch mitunter seinen eigenen Arbeitsplatz oder sogar sich selbst auf dem Bildschirm wieder.

Die Filme sind alles andere als plumpe Agitation. Auf subtile Weise werden Fragen gestellt, die auch von Umweltschutzgruppen hätten gestellt werden können. Die Antworten hingegen suggerieren, daß der Konzern

Sie fragten mich:
Deine Augen oder
Deine Heimat.
Was von beiden liebst du mehr?

Ich sagte: Meine Augen, meine Heimat—
Ich liebe das eine wie das andere.
Aber nimm sie, meine Augen.
Und laß mein Kind
Frei
In meiner Heimat sein.

Faryad Fazil Omar (Kurde aus dem Irak)
aus: Das Leuchten aus der Stimme
(Rosnaji la dangawa), Berlin 1986, Express Ed.



Foto: Anne Lax

Sieben Jahre Golfkrieg:

Bis zu anderthalb Millionen Kriegstote, hundertausende Vertriebene und Flüchtlinge, Iraner wie Iraker, Schiiten, Sunniten und Christen, kurdische Yezidi, Bahai und Mandäer, Juden und Armenier, Kurden, Assyrer und Turkmenen ...

Giftgas gegen unschuldige Männer,

Frauen und Kinder,

mörderische Repressionen, abertausende Hinrichtungen.

Wir sind mitverantwortlich:

Beenden wir die deutsche Unterstützung des Golfkrieges!

Auch durch bundesdeutsche Waffenlieferungen und durch Ausbildungshilfe wird der schon sieben Jahre dauernde iranisch-irakische Krieg verlängert.

Unterstützen Sie unseren Aufruf gegen den Golfkrieg!

Fordern Sie unser Kampagnenblatt an: Gesellschaft für bedrohte Völker

3400 Göttingen Postfach 2024

☎ 0551/55822

„sich seiner Verantwortung bewußt“ ist. Ein Titel beispielsweise lautet: „Der Umwelt verpflichtet – Problemlösungen bei BAYER“. Probleme werden also durchaus zugegeben.

Das BAYER TV-Programm soll demnächst auch deutschen und ausländischen Tochtergesellschaften zugänglich gemacht werden. △

Zwei Fremdenführerinnen in Brunsbüttel

Werksführungen für Politiker, Journalisten, Anwohner, Lehrer, Schüler usw. stellen eines der zentralen Propaganda-Instrumente des BAYER-Konzerns dar. Im Brunsbütteler Werk sind mittlerweile sogar zwei Mitarbeiterinnen eigens dafür freigestellt worden: Ute Jessen und Margret Jenke. Bei besonders bedeutsamem Besuch übernimmt zudem der Werksleiter, Prof. Kleine-Weischede, die Führung selbst.

Im vergangenen Jahr wurden allein in Brunsbüttel auf diese Weise über 6.000 Menschen mit BAYER-gefilterten Chemie-Informationen versorgt. △

VCI-Anzeigen und TV-Spots

Nach dem Störfall von Basel mußte der „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI) seine Mitte 1986 gestartete Anzeigen-Kampagne mit „stark plakativer Ansprache“ über „gefühlbetonte Motive“ wie: „Lieber Rhein“ und „Lieber Fisch“ wegen Unglaubwürdigkeit stoppen. Diese wurde nach Basel von vielen als Provokation empfunden. Waren vor Basel lt. VCI-Umfragen noch 53 % der Befragten gegenüber der Chemie „eher positiv“ eingestellt, waren es nachher nur noch 38 %.

Die Chemie-Industrie-Initiative „Geschütztes Leben“ (IGL) im VCI änderte nun die Zielsetzung der Werbekampagne. Mit einem Etat von 11 Mio. DM soll den Bundesbürgern per Anzeige in vielen regionalen und überregionalen Zeitungen und Zeitschriften eingebleut werden, daß die Chemische Industrie ihr Vertrauen verdiene.

Neu sind in dieser Kampagne Fernseh-Werbespots von 45 Sekunden Länge. Nach BAYER handelt es sich um „eine der größten Informations-

Fünf Milliarden Menschen – haben sie eine Chance ohne Chemie?

Seit wenigen Wochen leben fünf Milliarden Menschen auf der Erde. Und jeden Tag wächst die Weltbevölkerung um weitere 200.000.

Im Jahr 2000 werden zwei Milliarden Menschen mehr zu versorgen sein.

Eine Aufgabe, die ohne die Chemie nicht zu lösen ist.

In den nächsten 30 Jahren müssen z. B. ebensoviele Nahrungsmittel erzeugt werden wie in der ganzen Zeit, seit es Menschen gibt.

Dies ist nur durch eine systematische Steigerung der Ernteerträge mit immer wirkungsvolleren Methoden der Düngung und des Pflanzenschutzes möglich.

Aber auch bei der Lösung

vieler weiterer Probleme der wachsenden Bevölkerung

Umwelt und neuen Wegen der Energiegewinnung und Rohstoffschonung.

Wohl kaum. Ohne Chemie könnte die Erde sie nicht ernähren. Sie hätten eine viel geringere Lebenserwartung und einen sehr viel niedrigeren Lebensstandard.

Die Chemie kann so wesentlich dazu beitragen, der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Wir in der Chemie stellen uns dieser Herausforderung. So, wie wir es in unseren Umwelt-Leitlinien festgeschrieben haben.

Wenn Sie mehr über unsere Arbeit wissen wollen, fordern Sie ein Exemplar unserer Umwelt-Leitlinien an:

Verband der Chemischen Industrie e.V., Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/M. 1, Telefon 01 30/55.99, Zum Ortstarif.

Die Deutsche Chemische Industrie.

Aktionen in der Geschichte der Chemischen Industrie". Gegenüber dem vormalig eher emotionalen Charakter der Anzeigen wurde beim neuen Konzept „eine robustere, sachlichere und nüchternere Ansprache" gefunden. △

Geschichtsfälschung in BAYER-Broschüre

Im Vorfeld des 125-jährigen Konzern-Jubiläums erhält der Geschichtsteil der BAYER-Broschüre „Namen, Zahlen, Fakten" eine besondere Bedeutung. Entgegen dem vielversprechenden Titel glänzt dieser fünf Seiten umfassende Geschichtsteil der Broschüre – ebenso wie andere Teile auch – durch das Fehlen vieler Fakten:

Weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg werden erwähnt, ganz zu schweigen von der Rolle des BAYER-Konzerns in dieser Zeit. Dabei gibt es einiges Bedeutsames:

- 1915/18 - BAYER entwickelt den ersten chemischen Kampfstoff der Welt und verdient sich im Ersten Weltkrieg mit diesen Giftgasen und anderen Rüstungsgütern eine goldene Nase;
- 1918/33 - BAYER nimmt zusammen mit anderen Großkonzernen massiv Einfluß auf die Politik und finanziert Adolf Hitler;
- 1936/39 - BAYER entwickelt für die Wehrmacht die chemischen Kampfstoffe TABUN und SARIN;
- 1939/43 - die BAYER-Tochter DEGESCH produziert das berüchtigte ZYKLON B, mit dem in den Hitler-KZs Millionen von Menschen ermordet werden; IG AUSCHWITZ wird errichtet, ein Chemisches Werk mit eigenem Konzentrationslager.
- 1949 - BAYER wird durch das Kriegsverbrecher-Tribunal in Nürnberg wegen Sklaverei und Kriegsverbrechen verurteilt.

Auch heute, 40 Jahre nach der Verurteilung in Nürnberg, leugnet der BAYER-Konzern noch immer beharrlich dieses dunkle Kapitel seiner Geschichte. Aller Voraussicht nach wird es dabei auch im Rahmen der 125-Jahres-Feier des Konzerns im Jahr 1988 bleiben. △

Scheinheilig gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein gesamt-gesellschaftliches Problem. Wer etwas dagegen tut, der darf sich brüsten.

Abitur '88?





Bayer wendet sich schon heute an alle, die 1988 oder später ihr Abitur machen. Und die jetzt schon über die Berufswahl und den entsprechenden Ausbildungsweg nachdenken. Wir bieten mit dem Berufsbild

Wirtschaftsassistent – Kaufmann bei Bayer
Wirtschaftsassistentin – Kaufrfrau bei Bayer

eine interessante Alternative zum Studium. Hier wird in einer kombinierten Ausbildung von Praxis und anspruchsvoller Theorie die zweijährige Lehre zum Industriekaufmann absolviert. Dann folgt eine einjährige intensive wirtschaftswissenschaftliche Fortbildung in Seminaren. Und ein individuelles Trainingsprogramm in der betrieblichen Praxis. Nach insgesamt nur drei Jahren wird die Prüfung zum „Geprüften Wirtschaftsassistent – Industrie" vor der IHK abgelegt. Dies ist eine außergewöhnliche Chance mit großer Zukunftssicherheit für Schüler und Schülerinnen mit Interesse an kaufmännischen, wirtschaftlichen Zusammenhängen. Und der Vorstellung, eines Tages Management-Funktionen zu übernehmen. Auch im Ausland. Wenn Sie sich zutrauen, ein überdurchschnittliches Abitur zu schaffen, und an unserem Angebot interessiert sind, fordern Sie bitte die Bayer-Informationsbroschüre an:

Schneller. Gezielter. Effektiver.
Das Bayer-Konzept zur Management-Nachwuchs-Förderung.

Schreiben Sie bitte an: Bayer AG, Bildungswesen, Personalabteilung Auszubildende, Gebäude C 105, 5090 Leverkusen, Bayerwerk, Stichwort: Abitur '88 (7).
 Weitere Informationen erteilt Herr Edwin Schlitt, Tel.: 02 14/30 34 63.

Bayer heute, das Wissen für morgen.

Neuerdings brüstet sich BAYER. In ganzseitigen Anzeigen verspricht BAYER bereits heute den Abiturienten des nächsten Jahrganges einen sicheren Arbeitsplatz im Konzern. Geschaltet werden die Anzeigen in großen Publikums-Zeitschriften, vielen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie der Lokalpresse an den BAYER-Standorten. Dort werden auch 300 – 400 Schülerzeitungen mit einer Gesamtauflage von 500.000 – 600.000 Exemplaren einbezogen.

Was BAYER jedoch öffentlichkeitswirksam als Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit verkauft, erweist sich bei näherem Hinsehen als höchst eigensüchtiges Handeln. Den Konzern beunruhigt der Geburtenrückgang, und als Folge davon der vorhersehbare Lehrlingsmangel. Man erwartet bei BAYER in naher Zukunft bereits einen Verdrängungswettbewerb um den qualifizierten Nachwuchs. Des-

halb spricht BAYER bereits jetzt Eltern und Schüler an.

Das Motiv für diese groß angelegte Anzeigen-Kampagne ist also sehr einfach: Je mehr Bewerber, desto besser die Auswahl für den Konzern. △

Politik

SPD-Landespolitiker in Uerdingen

Erinnern wir uns: Am 25. November 1986 kam es bei BAYER/Uerdingen zum Austritt von 50 – 100 kg CHLOR-METAKRESOL in den Rhein, der nur per Routineuntersuchung durch Mitarbeiter des „Staatlichen Amtes für Was-

ser- und Abfallwirtschaft" bekannt wurde. Landesumweltminister Matthiesen forderte damals Haftstrafen für diejenigen, die Umweltdelikte verschweigen.

Dieser Vorfall war Anlaß für die Anfang des Jahres erfolgte Einladung der SPD-Fraktion in das BAYER-Werk Krefeld. Etwa ein Dutzend SPD-Landtagspolitiker, darunter der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Gerd Wendzinski, sollten wohl wieder besänftigt werden nach der Unruhe wegen der BAYER-Störfälle. Zumal in Uerdingen auch das „Bhopal-Gift“ PHOGEN gelagert und verarbeitet wird.

Es gab einen weiteren Grund für die Einladung an die SPD-Politiker: Die Erweiterung des Werkes im Norden des Geländes war auf Schwierigkeiten gestoßen (vergl. „Stichwort: BAYER“ 5/6 1986). Gerd Wendzinski machte dem expansionsorientierten Konzern ein Alternativangebot. Dieser könne in Dortmund einen problemlosen Standort mit 100 ha Industriebrachland erhalten.

Werksleiter Haas stellte fest: „Die Politiker wissen jetzt, mit welchem Ernst wir heute mit unseren Überlegungen alle kritischen Punkte angehen...“ △

Hoher Besuch aus der Sowjetunion

Höchster Besuch aus der UdSSR macht deutlich, wie sehr BAYER sich um den riesigen sowjetischen Markt bemüht.

Wsewolod Serafimowitsch, erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerialrates der UdSSR, besuchte das Pestizid-Zentrum in Monheim, sowie das BAYER-Versuchsgut „Laa-cher Hof“.

Er wurde von H.J. Strenger, dem Vorstandsvorsitzenden, Dr. H. Piechota, Sprecher für die „Region Osteuropa“, R. Korn, Leiter des Sektors „Polymere“, sowie Landessprecher für die UdSSR und Dr. H. Krätzer, Leiter des Sektors Landwirtschaft, empfangen.

Seit 1978 unterhält der Konzern in Moskau eine Vertretung. △

NRW-Orden für Professor Rübben

Professor Herbert Josef Rübben, Dirigent des Männer- und des Frauenchores bei BAYER, wurde von NRW-Ministerpräsident Johannes Rau mit dem Landesverdienstorden ausgezeichnet.

Professor Rübben ist außerdem seit 1965 Chorleiter des „Sängerbundes Nordrhein-Westfalen“ im „Deutschen Sängerbund“. △

Silbermedaille für Verschandelung Wiesdorfs

Dem Expansionsstreben der BAYER AG fiel der Leverkusener Stadtteil Wiesdorf unter lang anhaltenden und heftigen Protesten der Bevölkerung zum Opfer (wir berichteten mehrfach).

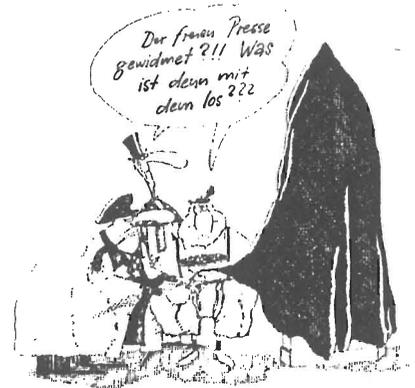
Ausgerechnet für die „Sanierung“ einer Straße in diesem Stadtteil erhielt der Konzern im Rahmen des Bundeswettbewerbes „Industrie, Handel und Handwerk im Städtebau“ die Silbermedaille von Bundesinnenminister Dr. Oskar Schneider.

Der Leiter der Planungs-Abteilung „Architektur“ bei BAYER, Dr. Dankwart Leistikow, nahm die Auszeichnung in Berlin aus den Händen des Ministers entgegen. △

Strenger in Lingen

Der Vorstandsvorsitzende, Hermann Josef Strenger, besuchte zusammen mit Reiner Korn, Sektorleiter für Polymere, und Ingo Bolken, Leiter des Geschäftsbereiches Fasern, die FASERWERKE LINGEN GMBH, die seit 1983 zum BAYER-Konzern gehören.

Sie nutzten die Gelegenheit, um Politikern des Kreises Emsland, sowie Vertretern der Verwaltung und der Stadt Lingen, ihre Interessen vorzutragen. △



Aufsatz für Nachwuchsorganisation der CDU

Die Nachwuchsorganisation der CDU, die 'Junge Union' (JU), möchte auch einen Beitrag zum Thema „Umwelt“ leisten. Unter dieser Rubrik veröffentlichte sie in ihrer Monatszeitschrift „Die Entscheidung“ (Auflage 55.000) einen 6-seitigen Artikel mit der Überschrift „Chemie und Umwelt“. Verfaßt war er von Professor Eberhard Weise, Mitglied des Vorstandes der BAYER AG. Der Beitrag geht scheinbar auf Anforderungen hinsichtlich des Umweltschutzes ein, ohne dabei konkret zu werden. Er spricht von „neuen Herausforderungen“, ohne anzudeuten, welche nachvollziehbaren, freiwilligen Änderungen die Chemische Industrie einführen will. Der Artikel heuchelt somit Besorgnis, läßt aber den kritischen Leser im Regen stehen.

Professor Weise resümiert: „Statt einer 'neuen Chemie-Politik', die allen Anzeichen nach auf die Einschränkung und Diskriminierung der Chemiebranche zielt, benötigen wir eine umfassende, konsequent betriebene Stoff-Politik“.

Offen bleibt allerdings, was Weise damit meint. △

Gesellschaft

AGFA im Museum

Der BAYER-Konzern nutzt kulturelle Einrichtungen zur Eigenwerbung aus. Die AGFA GEVAERT, 100 %ige BAYER-Tochter, machte dem unlängst neu eröffneten Kölner „Wallraf Richartz“-Museum eine Dauer-Leihgabe: 40.000 Exponate von den Anfängen der Fotografie bis heute. Der Name AGFA wird wegen des „neutralen Umfeldes“ besonders werbewirksam präsentiert. △

Lehrerfortbildung in Brunsbüttel

Für die 30 Gymnasiallehrer der Fächer Chemie, Biologie und Geographie sollte es ein schönes Wochenende werden. Von einem Freitag bis zum Samstag im Mai 1987 machten sie eine vom Kultusminister NRW offiziell anerkannte (!) Exkursion, die einen Aufenthalt in Hamburg, eine Fahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal und einen Besuch bei BAYER/Brunsbüttel beinhaltete.

Der Leiter des skandalumwobenen Werkes, Professor Dr. Kleine-Wei-

schede, rühmte die von BAYER dort geschaffenen und noch zu schaffenden Arbeitsplätze, ungeachtet dessen, daß der Konzern seine ursprünglich gemachten Versprechungen diesbezüglich bis heute nicht eingehalten hat.

Dr. Ulrich Geffarth, Umweltschutzbeauftragter in Brunsbüttel, referierte zu seinem Zuständigkeitsbereich. Eine „lebhaft Diskussion“ schloß sich an. Weiter auf dem Programm stand eine Werksrundfahrt mit Besichtigung der Kläranlage, des Ausbildungszentrums und der Abwasser-Verbrennungsanlage.

Gerade diese Abwasser-Verbrennungsanlage steht neuerlich im Blickpunkt der protestierenden Öffentlichkeit. Sie soll zu einem lukrativen Giftmüllzentrum für die gesamte Region ausgebaut werden.

Mit seiner Lehrerfortbildung versucht BAYER über Multiplikatoren, eine größere Akzeptanz der harten Chemie-Linie zu erreichen. △

Schüler in Dormagen

Seit einigen Monaten werden Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen durch das Dormagener Werk geführt. Den Anfang dieser neuen Aktion im Pestizid-Werk machte eine 20-köpfige Gymnasialklasse des Leibniz-Gymnasiums aus Hackenbroich.

Parteispenden

In einem bereits aus dem Januar stammenden Rundschreiben (Nr. 287) des Vorstandsvorsitzenden, H.J. Strenger, das uns erst jetzt erreichte, werden die Modalitäten von Parteispenden geregelt. Das Rundschreiben richtet sich an alle Leitenden Mitarbeiter des Konzerns, sowie an die Vorstandsmitglieder.

Spenden, so heißt es in dem Schreiben, sollten stets steuerlich abzugsfähig sein. „Bei den Spendempempfängern solle es sich um Inländer handeln“. Denn: „Spendenzahlungen an Ausländer sind steuerlich nicht abzugsfähig“.

Empfänger von Spenden können „gemeinnützige, mildtätige“ und „kirchliche“ Träger sein; darüber hinaus „politische Parteien“.

Die Modalitäten der Parteispenden sind wie folgt geregelt: „Über die Vergabe von Parteispenden wird vom Vorstand zentral entschieden... Spenden, auch in geringem Umfang, sollen nicht

BAYER nutzt die Gelegenheit, um den Schülern diverse Berufsbilder nahezubringen. Nicht ohne Hintergedanken. Sucht der Konzern doch ständig qualifizierten Nachwuchs.

Gleichzeitig nutzt der Konzern die Möglichkeit, mit den Schülern über Umweltschutz, wie ihn der Konzern verstanden wissen möchte, zu diskutieren. Ein für BAYER wichtiges Unterfangen angesichts der vermehrten öffentlichen Kritik. △

Kirche

Spanischer Erzbischof in Dormagen

Der Erzbischof von Madrid, Kardinal Suquia und der Generalkonsul Spaniens in der Bundesrepublik, de Thomas, besuchte 77 Landsleute an ihrem Arbeitsplatz im Dormagener BAYER-Werk. Ziel des Besuches sei es gewesen, sich über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der spanischen Kollegen/innen zu informieren.

Was BAYER tatsächlich mit den spanischen Gästen beredet hat, bleibt unbekannt. Sicher hat der „Rapsöl-“
b.w.

mehr außerhalb dieser Handhabung gegeben werden...“.

Für Genehmigungen der übrigen Spenden gelten folgende Wertgrenzen: Bis zu DM 2.000,- dürfen Leiter der Sektoren, der Geschäftsbereiche und der Zentralbereiche vergeben. Über die Vergabe von Summen zwischen DM 2.000,- und DM 5.000,- entscheiden Vorstandsmitglieder. Der Vorstandsvorsitzende wickelt die größeren bis großen Zuwendungen über DM 5.000,- ab.

Interessant ist, daß schon zu viel früherer Zeit Richtlinien über die Vergabe von Spenden existierten. Das neuerliche Rundschreiben erwähnt daher ausdrücklich, daß fünf detaillierte, ältere Rundschreiben aus der Zeit zwischen 1950 (!) bis 1985 ungültig werden.

Wobei das Direktionsschreiben Nr. 2240 vom 10.03.83 zur Frage der „Betreuung von Hochschulen und Schulen“ weiterhin gültig bleibe. Ein Kapitel für sich. △

BAYER

Kulisse aus Hochglanzpapier

BAYER ist einer der größten Konzerne der Welt. Mit der chemischen Produktion bei BAYER und den unzähligen BAYER-Produkten verbinden sich große Probleme für Mensch und Umwelt. Wie bei anderen multinationalen Konzernen auch. In der Regel wird nur das Wenigste von diesen Problemen bekannt.

„Stichwort: BAYER“ schafft hier Abhilfe. Dieser Informationsdienst der Internationalen BAYER-Coordination erscheint mit 6 Ausgaben im Jahr, klärt auf und enthüllt, was hinter den Hochglanzberichten der Konzernpropaganda steckt.

„Stichwort: BAYER“ ist ein Informationsdienst für Journalisten, Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Gewerkschafter, Parteien, Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzverbände, Tierschützer, kritische Ärzte und andere Interessierte. Die kostengünstigste Möglichkeit, an „Stichwort: BAYER“ zu kommen, erfordert lediglich DM 30,- pro Jahr.

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Coupon ausfüllen und einsenden an: BAYER-Coordination, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1. Bitte Absender angeben.

- Ich/Wir möchte/n „Stichwort: BAYER“ abonnieren
- Journalistenabo
incl. Pressematerial DM 70,-
- Förderabo
Selbsteinstufung
mind. DM 70,- DM _____
- Gruppenabo
(5 Exemplare/Ausgabe) DM 70,-
- Einzelabo DM 30,-

Datum _____ Unterschrift _____

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Datum _____ Unterschrift _____

Vergiftungsprozeß" in Spanien interessiert, wo einer These zufolge das BAYER-Insektizid NEMACUR an der Massenvergiftung ursächlich beteiligt gewesen sein soll. △

Wissenschaft / Forschung

Schliebs Honorarprofessor

Dr. Reinhard Schliebs, Leiter der Organischen Forschung bei BAYER Leverkusen, wurde von NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn zum Honorarprofessor an der Universität Münster ernannt. Dort hält er schon seit 1981 Vorlesungen über „Industrielle Anorganische Chemie“. △

Buchbesprechungen

BAYER-Ansiedlungsvertrag veröffentlicht

1970 schlossen die Landesregierung von Schleswig-Holstein und die BAYER AG Leverkusen einen Ansiedlungsvertrag ab. Dieser Ansiedlungsvertrag wird bis heute geheim gehalten – aus gutem Grund.

Das Land verpflichtete sich, die benötigten Grundstücke in Brunsbüttel und Umgebung aufzukaufen (§ 3) und für nur DM 4,50/qm an BAYER weiterzugeben (§ 4,4) – unabhängig von den eigenen Kosten. Außerdem gab das Land BAYER eine Beihilfe von 70 Mio.



Zum Weiterlesen.

Alle in „Stichwort: BAYER“ vorgestellten Bücher sowie viele interessante weitere Titel zu den Themen Multis, BAYER, Dritte Welt, Umweltschutz, Chemieproduktion etc. können beim Versand **Chemie. Mensch. Umwelt** (CMU-Versand) bezogen werden.

Buchliste:

Chemie am Arbeitsplatz/ Berufskrankheiten	DM 16,80
Alternativer Geschäftsbericht zum BAYER-Konzern	DM 5,—
Rheinalarm	DM 14,80
Boom ohne Arbeitsplätze	DM 19,80
Giftgrün/Pestizid-Gefahren	DM 24,80
Tatort Chemie/Lexikon	DM 28,—
Gift, Macht, Geld/Zur Entgiftung der chem. Industrie	DM 19,80
... und heute die ganze Welt/ Geschichte der IG Farben	DM 39,80
Bundesdeutsche Konzerne in der 3. Welt	DM 14,80
OMGUS-Report IG Farben/ Protokoll der US-Militär-Justiz	DM 25,—
Chemie im Kinderzimmer	DM 26,—
Das Tierbuch/Tierversuche in Wort und Bild	DM 25,—
Pestizide und Umweltschutz	DM 148,—
Hohe Schornsteine am Amazonas/ Umweltplünderung in Brasilien	DM 26,—
Das Imperium der Deutschen Bank	DM 24,—
IG Farben, Abt. Behringwerke/ Menschenversuche im KZ	DM 8,—
Alles wie geplant/ BAYER in Brunsbüttel I	DM 9,80
Anders als geplant/ BAYER in Brunsbüttel II	DM 9,80
Porto/Verpackung	DM 5,—
Summe	

Wir liefern ausschließlich gegen Scheck oder Nachnahme.

Coupon ausfüllen, unterschreiben, Scheck beilegen oder Nachnahme bestellen und absenden an:

CMU-Versand
Germut v. Müller
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11

Scheck über DM _____
(incl. DM 5,— Porto/Verpackung)
liegt bei.

Bitte liefern Sie per Nachnahme.

Absender

Datum/Unterschrift

DM, um die Grundstücke „von Siedlungen freizumachen“ (§ 2). Diese Beihilfe wurde mit dem Kaufpreis verrechnet.

Das Land bezahlte des weiteren die Aufspülung des Geländes, die Vergrößerung des Hafens, den Ausbau des Bahnanschlusses, die Verlegung einer Bundesstraße... usw. — Ohne jede Gegenleistung durch BAYER. Kein Wunder, daß die Landesregierung den Vertrag unter Verschuß hält.

In seinem neuen Buch veröffentlicht Markus Mohr vom Arbeitskreis „Umweltschutz Brunsbüttel“ erstmals diesen Ansiedlungsvertrag. Spannend und aufschlußreich wird dieser unerhörte Skandal offengelegt.

Markus Mohr „Anders als geplant“, 120 Seiten, DM 9.80. △

Wir über uns Impressum

Herausgeber

BAYER-Coordination
Aktiv für mehr Umweltschutz und sichere
Arbeitsplätze bei BAYER – weltweit.
Hofstraße 27a
D-5650 Solingen 11
(0)212 – 33 49 54

Die BAYER-Coordination ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das von dem multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit des Multis Konzern begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Verlag
Eigenverlag

Redaktion
„Stichwort: BAYER“
Informationen der BAYER-Coordination
Jägerstraße 78
D-4000 Düsseldorf 1
(0)211 – 22 92 601

V.i.S.d.P.
Axel Köhler-Schnura

Layout
Christoph Hill
Frank Hockemeyer
Silke Kröger

Druck
Moos Druck
Moosweg 165
5090 Leverkusen

Satz
HEVO-Fotosatz
Robert-Stolz-Straße 50
4600 Dortmund 13
0231/ 21 63 70

Anzeigen
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 v. Januar 1987

Nachdruck
Der Nachdruck von Artikeln aus „Stichwort: BAYER“ ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und Belege übersenden.

Konto
Post giroamt Essen
3783 83 – 439